

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 60 Pf., vierteljährlich 1,80 Mk.; durch die Post monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. Einzelne Nummern kosten 1 Mk. Post- und Sammlungslieferanten werden nicht angeschlossen.

Glück Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: Theob. Wagner; Druck: G. Hansen & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands; Hauptst. in Bochum, Wittenhauserstraße 38-42. Telefon-Nr.: 96 und 98. Telegramm-Adresse: Arbeiterbund Bochum.

Verbrecherische Geze gegen die kämpfenden Bergleute!

Mit einer unerwarteten Wucht begann der am 10. März proklamierte Streik der Ruhrbergleute. In der Revierkonferenz des Dreibundes wurde gesagt, daß das vornehmlich in der Woche vor dem 10. März stattgefundenen fanatische Wühlen der Streikbruchorganisatoren große Verwirrung und Sachhaftigkeit in die Belegschaften getragen hätte. Besonders natürlich in den Bezirken, wo die Streikbruchsekretäre noch erheblichen Anhang besitzen. Dort würden es sogar die Mitglieder der drei verbündeten Verbände kaum alle wagen, „die Broden hinzuerwerfen“, da sie sich ängstlich sagten, dort müße ja der kleinen Minderheit die Streikbeteiligung nicht, sie müßten hinterher harte Verfolgungen durch die Streikbruchfanatiker fürchten. Diese Sachhaften glaubten nicht, daß mehr als 100 000 Kameraden in den Ausstand treten würden.

Es kam aber anders! Bereits am Montag, den 11. März, wurden zehntausend weit über 100 000 Streikende gezählt! Für den Dienstag berechnet selbst die „Rheinisch-Westfälische Stg.“ anhand des Vorkausfalls, daß

227 000 Bergleute weniger arbeiteten

als in normalen Zeiten! Mittwoch nahm der Streik weiter zu. Von den Behebureaus informierte Zeitungen schätzten am dritten Streiktag die Zahl der Streikenden auf

230 000 — 240 000 Mann!

Eine so gewaltige Streikbewegung hatte kein Mensch erwartet! Obgleich in den Bezirken Essen, Werden und Gelsenkirchen eine Reihe Schächte, wo die Streikbruchorganisatoren unbeschreiblich gewißt hatten, fast ganz unbestreift blieben, auch in einem Teil des Bochumer Bezirkes stärkere Belegschaftsgruppen der Streikbruchparole folgten, war doch am dritten Streiktag allgemein die Zahl der Ausständigen um 30-40 000 höher wie während des Generalstreiks 1905. Diese imponante Beteiligung übertraf die Erwartungen des Dreibundes ganz außerordentlich!

Stolz hatten die Streikbruchsekretäre in Versammlungen und in der Streikbruchpresse verkündet, es würden sich mindestens zwei Drittel der Bergleute an diesem Streik überhaupt nicht beteiligen. Wie eine Bombe mußte deshalb die Nachricht von der gewaltigen Streikbeteiligung bereits am ersten Tage auf die vollständig enttäuschten Streikbruchorganisatoren wirken. Alle ihre Berechnungen waren über den Haufen geworfen, ihre Hoffnungen waren jäh zerstört. Schon am ersten Tage stand es fest, daß sich auch christliche Gewerkvereinsmitglieder stark an dem Streik beteiligten! Sie übten kameradschaftliche Solidarität, sie ließen ihre Streikbruchführer im Stich. Gut ab vor diesen Knappen!

Da erfaßte wahnwitzige Angst vor dem gänzlischen Festschlagen ihrer verräterischen Taktik die Streikbruchsekretäre. Angst und Wut über das Mißlingen ihres schändlichen Planes trieb nun die Gewerkevereinsmitglieder zu Untaten, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung bisher unerhört gewesen sind!

„Alles ruhig!“ schrieb die den Behebureaus nahestehende „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ in ihrer Mittagsausgabe vom 12. März. Abgesehen von tumultuarischen Zusammenstößen bei Sauerbörn — dessen wirkliche Ursachen noch aufgeklärt werden — sei es nur zu Zwischenfällen gekommen, wie sie sich auch in Zeiten ohne Streik ereigneten. Diese Zwischenfälle würden jetzt durch die skandalisierende Presse weit übertrieben. Das schrieb das Behebureau am Dienstag, den 12. März in der Mittagsausgabe!

Am Morgen desselben Tages aber brachte bereits die von den Gewerkevereinssekretären bediente „Essener Volkszeitung“ (Zentrumsblatt), einen die Bevölkerung stark beruhigenden Aufruf an die Polizeibehörden, sie müßten rücksichtslos vorgehen zum „Schutz der Arbeitswilligen!“ Diese seien „ihres Lebens nicht sicher“. Der „Kommunist“ (!) der Sozialdemokraten (!) wolle triumphieren. Dagegen reichten die Polizisten und Gendarmen nicht aus — und deshalb

möge Militär geholt werden!!!

Was nicht einmal ein ausgesprochenes Behebureau verlangte, das forderte das am 12. März „christliche“ Gewerkevereinsvorstandes erscheinende Zentrumsblatt!!! „Militär mag kommen!“

Müßiggänger Dreinhauer der Polizisten und Gendarmen, Veranlassung von Militär, damit Verhängung des Belagerungszustandes, also Aufhebung der Bürgerrechte, Verbot unerer Versammlungen, Niederwerfen des Streiks durch Waffengewalt — danach heulte die „Essener Volkszeitung“ am Dienstag früh — der Artikel wurde also am Montag abend geschrieben. Nach ihr: laden die übrigen Zentrumsblätter daselbe, wenn auch nicht so verbrecherisch aufreizend wie das Essener Blatt.

Warum dieses verbrecherische Wüten? Weil sich bereits am Montag abend herausgestellt hatte, daß ein bedeutender Teil der Gewerkevereinsmitglieder ihren Führern nicht folgte, keinen Streikbruch verübten würde! Für die nächsten Tage war das Risiko der schamlosen Streikbruchparole zu erwarten und deshalb sollten die Gendarmen und Soldaten der Gewerkevereinsführung rücksichtslos zu Hilfe kommen!

Durch denunziatorische Telegramme an die Polizeibehörden und an die Regierung, durch die die Aufregung zur Fieberhöhe steigenden Zeitungsartikel, Extrablätter über angebliche Streikbrüche, durch freche Beschuldigungen der Polizeimannschaften, sie schützten die Arbeitswilligen nicht scharf genug, es „beherrschte der Böbel die Straße“, wurde „nach oben hin“ der Eindruck gemacht, als ob sich im Ruhrgebiet kaum noch ein Mensch auf die Straße getraue wegen des „Gefindels“!

Als am Abend des zweiten Tages selbst den Behebureaus nahestehende Blätter schreiben, unter den mehr als

200 000 Streikenden befänden sich auch viele tausende Gewerkvereinsmitglieder, da gerieten die Streikbruchorganisatoren in rasende Wut. Sie konnten die gewaltige Zahl der Streikenden nicht mehr vertuschen, sie konnten erstlich die Nichtbeteiligung der Streikbruchparole durch viele tausende Gewerkvereinsmitglieder nicht bestreiten, deshalb schwoh das Geheul über „Verbrechertum der Arbeitswilligen“ zu einem Organ an. Durch dienstwillige „Ausschmittalieber“ wurden die Behebureaus und Behörden um noch mehr Gendarmen gebeten, „Delegiertenkonferenzen“ forderten „militärischen Schutz der Arbeitswilligen“.

Daß nur aus wahnwitziger Angst vor ihrem Zusammenbruch die Gewerkevereinsführung nach der gewaltigen Niederschlagung des Streiks schrie, bestätigt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ in ihrer Ausgabe vom 17. März. Man sieht ordentlich den Fasel des Schreibers vor dem beispießlos schamlosen Treiben der ultramontanen Demagogen zwischen den Zeilen heraus. Schreibt doch das bekanntlich den Behebureaus nahestehende Blatt gerade heraus, der Ruf nach Militär sei diesmal nicht von den Behebureaus ausgegangen, sondern:

„Diesmal genügt drei Tage und ein dreitägiges Aufsehen der christlich Organisierten um Militär, und Berlin gab nach. Ueber den Stand der Unruhen war nicht immer ein klares Bild zu gewinnen. Wenn wir die von den Verichterichtungen und von Behebureaus übermittelten Berichte von der Behörde nachprüfen ließen, so würden diese Berichte fast regelmäßig (beispielsweise S. 1. d. „Bergarb.-Stg.“) befrüchten oder abgeschwächt... Sider ist aber, wenn jetzt Militär notwendig war, dann war es bei den meisten Streiks zu verlangen!“

So wird auch von einem sehr gegenfreundlichen Blatt die verbrecherische Forderung der zu den Streikbruchorganisatoren haltenden Abgeordneten an den Pranger gestellt.

Kann man sich wundern, daß die mit den Verhältnissen in unermesslich gewaltigen Ausmaß zusammenhängenden fremden Polizisten und Gendarmen sich bemühten, durch allerschärfstes Vorgehen den gegen sie frech erhobenen Vorwurf der Schwachheit zu entkräften? Man stelle sich vor, daß diese Beamten so große Ansammlungen von Menschen, wie wir sie auch in den ruhigsten Zeiten im Industriegebiet sehen, nicht gewöhnt sind und deshalb überall „Zusammenrottungen“ argwöhnen. Man bedenke, daß die Polizeimannschaften von den um ihren „Muhm“ besorgten Streikbruchsekretären und auch von einigen Behebureaus immer wieder scharf gemacht wurden, es nur ja nicht zu lange mit glütlichen Breden zu versuchen, drein zu hauen, sobald sich der geringste „Widerstand“ erhebe. Nervöse Beamte sehen aber schon in einem widerwilligen Wort, ja in einem Blick „Widerstand“ und was danach kommen mußte, das wußten die nach Gendarmen und Militär schreienden Streikbruchsekretäre recht gut!

Wald konnten die nach gewaltigem Niederschlagen des gerechten Bergarbeiterstreiks lechzenden Unruhestifter frohlocken. Geringfügige Ansammlungen, wie sie auch sonst im Industriegebiet häufig vorkommen, wurden nun polizeilich zertrümmert, es kam hier und da zu Hebereien — ebenfalls nichts seltenes im Industriegebiet! — und dann jagte der Säbel, die Plünderer! Die Verirrten sprengten in die sich nun ansammelnde neugierige Menge, Männer, Frauen und Kinder wurden zu Boden geworfen! In einer ganzen Reihe Ortschaften, in den Bezirken Hamm, Dortmund und Necklinghausen, Gerne, Gelsenkirchen, Wattencheid, Bochum, Nord-Essen, Oberhausen-Duisburg vertrieben die Polizisten und Gendarmen alle Leute, nicht nur Streikende, mit Prüfen, Ekelstößen und Kolbenstößen von den Straßen in die Häuser und Höfe. Verirrte sprengten sogar über die Bürgersteige und drangen in die Höfe ein. In vielen Orten wurde dann noch das Schließen der Türen und Fenster verlangt und angedroht, hineinzufahren, wenn sich jemand am Fenster blicken ließe! Eine noch nicht festgestellte, aber sicher nicht geringe Zahl von Verletzten und vier tote blutige Beweise dafür, wie weit es die ruchlose Aufreizungswut der um die Gunst der „hohen Herren“ bühnenden Streikbruchsekretäre getrieben hat! Denn ohne deren verbrecherische Beunruhigung der Öffentlichkeit wären die Polizeimannschaften sicher nicht so aufgeregt worden. Wenn 1905, wo es bekanntlich durchaus nicht an „Zusammenrottungen“ gefehlt hat, in gleicher Weise von der Parteipresse der Streikbruchsekretäre geschürt und gelogen worden wäre, dann kam es damals zweifellos zu noch weit größeren Zusammenstößen wie jetzt in Hamm und Erle. Die Bergarbeiterchaft ist seitdem weit besser gewerkschaftlich geschult worden, die Vertrauensleute des Dreibundes tun in einer auch von Polizeibeamten anerkannten, aufopfernden Weise ihre Pflicht der Verhütung. Andersfalls hätte die Beunruhigungswut der Streikbruchsekretäre noch weit schlimmere Folgen gehabt. Das wird die Bergarbeiterchaft niemals vergessen!

Die Unruhestifter sahen denn auch ihr Sehnen nach Militär erfüllt. Andere Verbände wandte sich am Mittwoch gegen die polizeiliche Hebergriffe beschwerdeführend an den Herrn Ministerpräsidenten v. Bethmann Hollweg, auch darauf verteidigt, daß selbst die eigentliche Behebureaus die aufregenden Meldungen über zahlreiche Unruhen als stark übertrieben bezeichnete. Anders Tages rückten Infanterie-, Kavallerie- und Maschinengewehrabteilungen in die Bezirke Hamm, Dortmund und Necklinghausen ein!!! „Es ist erreicht!“ konnten die Arbeiterfreunde ausrufen. Was 1905 die Behebureaus vergeblich forderte, jetzt wurde es den um ihren „Muhm“ bangenden Gewerkevereinssekretären bewilligt! Militär besetzte die am besten streikenden Bezirke und eine „Rundgebung“ der Streikbruchorganisatoren forderte nun die Behörden auf, die aufgeregt gewordenen Polizeimannschaften in die südlichen Bezirke zu kommandieren, wo laut behördlicher Auskunft die größte Ruhe herrschte! Die Unruhestifter aber behaupteten trotz-

dem, dort fehle es an ausreichendem Schutz der Arbeitswilligen. Nie hat die Welt ein so ekelhaftes und schändliches Verhalten erlebt!

Die Streikbruchsekretäre mußten während einsehen, daß ihnen ihr Streikbruch nicht gelingen würde, wenn den Streikenden ihre Staatsbürgerrechte nicht „gehörig“ beschränkt würden. Darauf kam nun alles an. Das aber wurde auch durchgeföhrt. Es ist nicht geblieben bei den Attacken gegen „Zusammenrottungen“, nein, es ist dazu gekommen, die Vertreibung der friedlichen, gesetzlich erlaubten Streikposten, vielfach ihre Verhaftung. Im weiten Umfange bilden Polizisten, Gendarmen und Soldaten Wankketten um die Behebureaus. Nur Arbeitswillige werden durchgelassen, eine Kontrolle der Anfahrnden ist da unseren Ortsverwaltungen unmöglich gemacht worden. Streikbureaus unseres Verbandes und der Wolen wurden aufgehoben, polizeilich verboten sind auch Versammlungen, in denen die streikenden Kameraden sich aussprechen sollten. Den Wolen wird der Gebrauch ihrer Muttersprache verboten, sie können ihre Landsleute nicht über den Stand der Bewegung unterrichten und zur Disziplin ermahnen. Auffällige Zusammenkünfte werden auseinandergetrieben, die Streikenden sind dadurch zusammenhanglos. In Extrablättern der Arbeiterfreunde wurde den Kämpfenden vorgelogen, da und dort sei schon wieder „alles angefahren“, aber es blieb, die Behebureaus hätten 10 Prozent Lohnerhöhung bewilligt, wenn die Anfahr an dem und dem Tage erfolge. Untere diese Schwindeleien ausbedungen Extrablätter dürfen nicht überall verteilt werden, der Anschlag unserer Blätter wird nicht gestattet, die Worte werden mit Schädigungen bedroht, falls sie uns ihre Lokale vermieten! Gewerkevereinssekretäre, selbst Geistliche laufen von Haus zu Haus und bewegen Streikende zur Anfahr, „weil es ja doch nichts hilft“. Dazu kommen täglich die Massenaufträge der arbeitserfindlichen Blätter mit Rufen über „Beendigung des Streiks“, einschüchternde Mitteilungen über Strafwälle und bevorstehendes noch schärferes Eingreifen der bewaffneten Macht heraus. Versammlungen dürfen nicht gerade in den kritischsten Orten entweder nicht mehr abhalten, oder wir bekommen keine Gäste; für Versammlungen unter freiem Himmel fehlt die gesetzliche Genehmigung.

Das aber steht fest: Noch niemals hat die Welt das Schandspiel erlebt, daß die den kläglichen Mißerfolg ihrer schändlichen Streikbruchparole vor Augen sehenden Angestellten eines Gewerkevereins nach Polizisten, Gendarmen und Militär heulten, um durch Verhängung des Belagerungszustandes die Streikbewegung zu ersticken!

Natürlich wollen die Behebureaus aus dieser Situation Nutzen ziehen, indem sie ihrerseits durch Ankündigung von Lohnzulagen für die Arbeitswilligen und besondere „Prämien“ die Reihen der kämpfenden Bergleute schwächen. Donnerstags und Freitags erhielten alle Streikenden von den Behebureaus polizeiliche Karten mit der Aufforderung, doch bis zum Samstag die Arbeit wieder aufzunehmen, dann würde keine „Kontraktbruchstrafe“ eintreten. So entgegenkommend waren die Behebureaus 1905 nicht. Ein schlagernder Beweis dafür, daß unsere Lohnbewegung in einer für die Arbeiter außerordentlich günstigen Zeit einsetzte und von direktem großem Erfolg gekrönt sein muß, wenn die Bewegung nicht durch verbrecherische Streikbruchorganisatoren und die ihnen zur Hilfe geschickte bewaffnete Macht zersplittert bzw. niedergedrückt wird.

Die Streikbruchsekretäre allein können dem Dreibund nicht widerstehen, das hat die kolossale Streikbeteiligung an den ersten Tagen bewiesen! Nur die unangeseht betriebene verbrecherische Denunziation der Streikenden als eine gewalttätige Masse, die infame Aufhebung der Deffenlichkeit und der bewaffneten Macht gegen die ihr gesetzliche Streikrechte ausübenden Arbeiter, die in weitem Umfange eingetretene tatsächliche Aufhebung der Staatsbürgerrechte der Streikenden, ihre Einschüchterung durch Attacken und schwere Strafandrohungen, durch Hin- und Herwerfen aus den Werkwohnungen, dazu das Versprechen von Zulagen für die Arbeitswilligen, kann den Sieg der Bergarbeiterchaft aufhalten. Wäre 1905 nur halb so gewaltsam auf die Zerstückung der Bergarbeiter hingewirkt worden, dann würde damals trotz des Verbundes überhaupt keine Massenbewegung zustande gekommen sein.

Der Dreibund kämpft ehrlich für die Ehre und Wohlfahrt der Bergarbeiterchaft! Das haben die Knappen freudig anerkannt, als sie seiner Parole in einer Zahl von mehr als zweihunderttausend folgten. Von dem „christlichen“ Gewerkeverein aber und dem Zentrum schreibt das Wolenorgan in Herrn mit vollem Recht, beide seien ganz bankrott in den Augen aller arbeitserfindlichen Menschen! Lieber mit Ehren in einem beispiellos schweren Kampfe unterliegen, als sich mit der unfähigen Schmach eines Streikbruchorganisators bedecken!!! Die Gerechtigkeit wird doch liegen.

In England verhandelte die Regierung zwecks Beilegung des Generalstreiks und will ein Gesetz für den bergmännischen Minimallohn schaffen! Die deutsche Regierung hat den um ihre Rechte kämpfenden Bergleuten ein Massenaufgebot von Polizisten, Gendarmen und Soldaten auf den Hals geschickt. Unfähige Erbitterung herrscht darüber unter den hunderttausenden Grubenproletariern!

Nun steht auch der bisher Vertrauensseligste ein, daß die Arbeiter ganz allein auf sich selbst angewiesen sind. Daß sie sich selbst helfen müssen durch die sofortige gewaltige Stärkung der Organisation!

Damit allein bringen wir den Bergmannsstand zu vollen Ehren, trotzdem und trotzdem! Glück auf den tapferen Kämpfern!

England.)

In England ist der Riesenkampf entbrannt Um einen Mindestlohn, um Lebenslohn, Wie er zur Lebenshaltung nötig ist. - In England herrscht Einmütigkeit zum Streik; Einmütigkeit, die Macht erst gibt zum Krieg, Und damit Zuversicht, die Gegenmacht Zu überwinden, was den Kampfmut lähmt. Der Insektenknappe ist ein ernster Mann. Stark überlegend und nicht impulsiv. Das Für und Wider wägt er sorgsam ab; Eh' er zum Entschluß kommt - doch laßt er ihn - Ob Krieg ob Friede - weicht er nicht zurück, 33h, starr und fest, wie Dovers Klippenfels. - Er geht auf's Ganze immer, unentwegt, Und läßt sich irren nicht durch blauen Dunst Und Spiegelfechterei, wie leider noch So oft ein Teil von unsrer Knappenschafft. - Der Britenbergmann sagt ganz kurz: „Ich zieh Der Not, dem Elend einen Riegel vor Und nenn' ihn Mindest- oder Lebenslohn. - Er soll die Grenze scheiden unter der Mein Lohn im Rohlenberg nicht sinken darf, Weil er zur Lebenshaltung nötig ist.“ - So sagt der Britenbergmann, und die Macht Steht hinter ihm, weil alle, alle dort An einem Strange zieh'n - er kämpft und siegt. - In England weiß der Knappe was er will. - Dort heißt der Unternehmer auf Granit. - Hier aber hält Verrat die Bügel ihm. -

*) Kämpfers letztes Gedicht für die „Bergarbeiter-Zeitung“.

Zur Lohnbewegung.

An die streikenden Bergarbeiter und die Bewohner des Ruhrreviers.

Die heutige Nachmittagskonferenz der Hauptvorstände der drei Bergarbeiterverbände erblickt in der Entfaltung von Militär in das Streikgebiet die Folge einer übertriebenen Beunruhigung der Bevölkerung durch falsche Nachrichten eines Teils der Presse. Die vereinigten Vorstände richten an die streikenden Kameraden und die ganze Bevölkerung wiederholt die dringende Bitte, für die Aufrechterhaltung der Ordnung mitzusorgen, damit den Sicherheitsorganen und dem Militär kein Vorwand zum blutigen Eingriff gegeben wird. Die Konferenz spricht auch die Erwartung aus, daß die Sicherheitsorgane und das Militär besonnen bleiben. Der Kampf ist ein ehrlicher, den wir glücklich durchführen wollen. Darum darf sich kein streikender Kamerad hintergehen lassen, etwas zu tun, was zu einer Störung der Ordnung führen könnte. Vor allem, Kameraden, bleibt den Besonnenen fern, bleibt zu Haus. Nach den uns zugehenden Nachrichten treten immer neue Scharen in den Streik ein, der daher siegreich sein muß. Bochum, den 14. März 1912.

Die Vorstände der drei Bergarbeiterverbände: Fr. Sufemann, Franz Mantowski, Franz Schmidt.

An die Geschäftsleute.

Wie bei früheren allgemeinen Streiks haben auch beim jetzigen Kampfe der Bergarbeiter Geschäftsleute den Streikenden ihre Sympathie durch Zuwendung von allerhand Gaben ausgedrückt oder angezeigt, daß sie bereit wären, Lebens- und Genussmittel zur Verteilung an die Streikenden den Streikleistungen zur Verfügung zu stellen. Die Leitungen der drei Bergarbeiterorganisationen haben sich daher veranlaßt gesehen, zu erklären, daß sie die Annahme dankend ablehnen müssen. Die Verteilung von Unterstützungen in Naturalien gestaltet sich mit Rücksicht auf die große Zahl der Streikenden sehr schwierig und führt zu Unzulänglichkeiten. Die berechtigten Geschäftsleute, welche die Streikenden unterstützen wollen, werden daher höflich gebeten, von der Zuwendung von Naturalien zugunsten der Streikenden abzusehen, wenn sie aber die Streikenden unterstützen wollen, ihre Gaben in Geld abzuführen.

Für den Verband der Bergarbeiter Deutschlands: Fr. Sufemann.

Für die Politische Berufsvereinigung (Abl. Bergarbeiter): Franz Mantowski.

Für den Gewerbeverein der Bergarbeiter (Hirsch-Dunder): Fr. Schmidt.

Eingabe an den Reichskanzler gegen die polizeilichen Uebergriffe.

Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hat am 13. März folgendes Telegramm an den preussischen Ministerpräsidenten abgeschickt:

Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg, Berlin.

Am 11. März geschahen wir uns mitteilend, daß aus zahlreichen Orten des Ruhrkohlenreviers Klagen über ungesetzliches Vorgehen der Schutzmannschaften bei dem Unterzeichnen einlaufender Syon geringe Annehmlichkeiten, wie sie bei der Sicherung der Bevölkerung des Industriegebietes zu den Alltagsnötigkeiten gehören, werden von den Schutzmannschaften als ordnungswidrige Zusammenrottungen angesehen, aus einandergeraten, oft unter Anwendung der blanken Waffe. Wir gestatten uns, in Eile einige charakteristische Fälle anzuführen. In Loddingen sollte heute beim Hirt Bergmann eine Versammlung stattfinden. Da der Saal noch geschlossen war, sammelten sich draußen die Streikenden an. Dann erschienen Schutzmannschaften, wollten die Leute zerstreuen. Der für die Versammlung bestimmte Referent forderte die Kameraden auf, sich in das nun geöffnete Versammlungsgelände zu begeben, was der Wachmeister als zweckmäßig anerkannte. Als die ersten in dem Saal waren, so hielten die Schutzmannschaften auf die hinter liegenden Leute ein, obgleich diese erschlich im Begriff waren, die Straße zu verlassen. Bei Straß 1 Deutscher Kaiser (Hamborn) wurde ein einzeln gehender Arbeiter von einem Polizeibeamten angefaßt. Der Angesehene blieb stehen, der Schutzmann trat herzu und trat den Arbeiter heftig auf den Fuß. Der Betroffene ließ davon, der Schutzmann hinter ihm her, was eine Ansammlung von Kameraden verursachte, die Zuschauer auftrug, auf die Demonstrationen gegen den Schutzmann voranzutreiben. In Obermarzloh, Schillerstraße, rief die Schutzmannschaft hinter den Häusern in die Höfe hinein

und schlug mit blanker Waffe auf die Einwohner ein. In der Nähe des Bahnhofs in Hamborn folgten die sich hier aufhaltenden Arbeiter der polizeilichen Aufforderung, sich zu entfernen, gingen auf das anliegende Feld, wurden aber von hinten von der Schutzmannschaft mit blanker Waffe geschlagen. Die drei letztgenannten Fälle ereigneten sich in dem Hamborn Gebiet, woher die allerdings sehr übertriebenen Vorkerbichte rühren werden. Ein taftvolles Verhalten der Schutzmannschaft würde hier sehr zur Veruhigung der Bevölkerung beitragen. Wel der zuständigen Polizeibehörde von Hamborn gegen das beunruhigende Vorgehen der Schutzmannschaft durch unseren Verbändervertreter eingeleitete Beschwerde fand keine Beachtung. In Hüls, Kreis Mettmann, stand ein Annapfchaftsleiter mit seiner Frau in seiner Wohnung am offenen Fenster. Da trat der Gendarm Montag heran, hielt dem Annapfchaftsleiter den Revolver auf die Brust und drohte zu schießen, wenn der Betroffene nicht zurücktrat. Am selben Ort wurden zwei Streikende, die ruhig am Eingang des Streikbureaus standen, verhaftet. Auf dem Bürgersteig der Kaiserstraße in Gladbeck wurden ruhig gehende Vergleute von Polizeibeamten getreten und ausgefordert, schneller zu laufen. In Vortrop wurden streikende Vergleute mit Polizeibeamten mit Schimpfwörtern wie „Hohlfänge“, „Wande“ usw. belegt. Diese Szene veranlaßte das Zusammenlaufen einer erregten größeren Menge. In Werne bei Langendreer ging der Bergmann August Wrenker mit seiner Frau und seinem Kind die Hellwegstraße entlang. Ein breittener Gendarm rief ihm zu, er solle die Straße verlassen. Als Wrenker sein Kind an die Hand nahm, um sich zu entfernen, erhielt er einen Schlag mit dem Säbel über den Kopf. Der Polizeibeamt Lang in Werne bei Langendreer sagte zu einem Trupp Arbeitwilliger, sie sollten sich von den Streikenden nicht anlocken lassen; morgen sollten sie sich alle ein scharfes Weil mitbringen und spalten jedem den Schädel, der sie anlockte. Wir können auf Wunsch eine lange Reihe ähnlicher polizeilicher Uebergriffe, vornehmlich aus unserem Industriegebiet, mitteilen, die die bereits von der Presse - nochmals gesagt: in übertriebener Weise - gemeldeten Zusammenstöße bekräftigen. Daß die betreffenden Vorkerbichte stark übertrieben sind, bestätigt auch die heutige „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, Mittagsausgabe, wo es wörtlich heißt: „Man kann feststellen, daß nach wie vor im allgemeinen die Lage unverändert ist und mit Ausnahme der Hamborner Krawalle nirgends ernstliche Unruhestörungen und Ausschreitungen vorgekommen sind. Natürlich schwirren, wie stets, Dugende von Nachrichten über Zusammenstöße mit der Polizei und Gendarmen umher, die sich zu Nachrichten verdichten. Bei deren Nachprüfung ergibt sich aber fast stets, daß es sich um verhältnismäßig harmlos verlaufene Zusammenrottungen handelte. Merkwürdig, wie häufig solche Zusammenrottungen im Industriegebiet auch zu Zeiten sind, wenn kein Streik besteht, wird diese kleineren und größeren Ausläufer weniger ernst nehmen. Ein Berliner Blatt findet allerdings Anlaß zu der fingerdeutlichen Ueberschrift: „Wäufige Zusammenstöße im Industriegebiet.“ - Zur Aufrechterhaltung der Ordnung durch ortskundige Personen, die von uns auch den Auftrag haben, alle Kameraden auf die strenge Beachtung der Geseße aufmerksam zu machen, haben wir in den Orten - wie üblich - Streikbureaus eingerichtet. Diese Bureaus sind uns polizeilich in mehreren Orten geschlossen worden. Hierfür folgender charakteristische Fall: In Brand bei Gladbeck hob ein Gendarmereiwachmeister das in einer Privatwohnung untergebrachte Streikbureau auf. Aus Beschwerde bei dem zuständigen Polizeikommissar sagte dieser: „Möchten Sie das Bureau ruhig wieder ein.“ Der Gendarmereiwachmeister aber erklärte: „Wenn Sie das Bureau wieder einrichten, löse ich es sofort wieder auf.“ Eben wird uns aus Erie bei Wuer mitgeteilt, daß, als die Streikenden sich auf dem Wege zur Versammlung befanden, sie von den Schutzmannschaften ohne ersichtlichen Grund angegriffen und mit blanker Waffe geschlagen worden sind.

Wir richten im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe an Ew. Exzellenz die dringende Bitte, den in Frage kommenden Polizeibehörden solche Anweisungen zu geben, die der Erregung der Bevölkerung infolge polizeilicher Uebergriffe ein Ende machen. Wir unterfertigen uns alles, was in unseren Kräften steht, um jede Störung der öffentlichen Ruhe zu verhindern. Eine Beschwerde, die wir wegen polizeilicher Uebergriffe an den Herrn Regierungspräsidenten von Arnberg richteten, wurde dahin beantwortet, daß eine Untersuchung nur dann eingeleitet werden könne, wenn die Eingabe schriftlich mit detaillierten Angaben gemacht würde. Da aber eine schleunigste Mitteilung der ungenügend vorgehenden Beamten im dringenden öffentlichen Interesse liegt, so bitten wir Ew. Exzellenz um sofortiges Eingreifen. - Ergebnis! Vorstand des Bergarbeiterverbandes. Im Auftrage: Fr. Sufemann.

Antwort des Reichskanzlers.

Der Minister des Innern. Berlin, den 15. März 1912. II c. 824. NW. 7, Unter den Linden 72/73.

Der Herr Präsident des Staatsministeriums hat Ihre telegraphische Beschwerde vom 13. März an mich zur zuständigen Verfügung abgegeben.

Sich erwidere Ihnen darauf folgendes:

Soweit sich Ihre Beschwerde auf einen Bescheid des Herrn Regierungspräsidenten in Arnberg des Inhalts bezieht, daß eine Untersuchung nur dann eingeleitet werden könne, wenn die Eingabe schriftlich mit detaillierten Angaben gemacht würde, kann ich den angegriffenen Bescheid nur billigen.

Im übrigen ist Ihre Beschwerde über angebliche Uebergriffe der Polizeibehörden den zuständigen Herren Regierungspräsidenten zur Verfügung abgegeben worden.

gez.: v. Dallwitz.

Verhandlungskomödie mit den Arbeiter-Ausschüssen.

Am 11. März wurde von dem „unzuständigen“ Bechenverband beschlossen, den einzelnen Bechenverwaltungen zu empfehlen, die Arbeiterausschüsse einzuberufen. Das ist von ruzahl Ausschusssitzungen statt, die aber verliefen wie das Hornberger Schießen. Dafür einige Beispiele:

Jede Hagenbeck. Inspektor Ruhland stellte in Aussicht, daß mit der steigenden Konjunktur auch die Löhne weiter steigen sollten. Ein Arbeiterausschussmitglied ersuchte, doch einen bestimmten Satz in Vorschlag zu bringen, um den die Löhne steigen sollten. Das lehnte der Inspektor entschieden ab, ebenso das Ersuchen des christlichen Ausschussmitgliedes, durch Anschlag bekannt zu geben, daß die Löhne steigen sollten.

Jede Wolfsbank. Jedes Entgegenkommen abgelehnt. Das christliche Ausschussmitglied wandte sich sogar gegen eine Beschränkung der Ueberhöchsten.

Jede Wiendahlbank. Die Verwaltung lehnt alle Forderungen ab. Daß der Arbeiterausschuss schon so schnell geladen worden sei, wurde damit begründet, daß derselbe nach drei Tagen Streik nicht mehr zur Belegschaft gehöre.

Jede Konsolidation. Verhandlungen resultatlos verlaufen. Jede Karolinenglück. Der Arbeiterausschuss wurde nicht für kompetent erklärt, in Lohnfragen eingzugreifen! Gesagt wurde, daß die Löhne, wie bisher üblich, weiter steigen werden. - Wir wollen hier betonen, daß Bechen den Arbeiterausschuss zu den Sitzungen einberufen haben, weil er in Lohnfragen zwar nicht kompetent, wohl aber dazu da sei, das gute Einvernehmen zwischen Grubenverwaltung und Belegschaft herzustellen, d. h. der Arbeiterausschuss soll die Belegschaft zur Anfuhr bewegen. Dagegen darf die Grubenverwaltung mit dem Arbeiterausschuss in Lohnfragen Komödie spielen. Interessant ist, daß die Verwaltung der Jede Karolinenglück die Bergarbeiterorganisationen nicht anerkennen will, weil mehrere von ihnen vorhanden sind und der Zentrumsbewegung nicht der allgemeinen Bergarbeiterbewegung nicht angeschlossen!!! Damit ist gesagt, daß die Bechenherren sehr wohl die Sonderstellung der „christlichen“ Führer im Streik und sonstige gegen die Bergarbeiter auszunutzen verstehen. Wann werden die christlichen Bergarbeiter flug?

Jede Katharina. Der Lohn soll nach Lage der Konjunktur bemessen werden. Frühere Abschlagszahlungen ließe sich durchführen, z. B. auf den 25. des Monats, die Lohnzahlung auf den

10. des folgenden Monats. Also kann eine Erleichterung eintreten, wenn man will. Heute erhält der Bergarbeiter im Ruhrrevier, wenn er am 1. des Monats in Arbeit tritt, etwa am 6. oder 10. oder noch später des folgenden Monats erst die Abschlagszahlung, 14 Tage später den Lohnstag. Verfahren von Ueber- und Nebentätigkeiten der Bergarbeiter nicht aufgezogen werden, auch sei gegen die monatliche Kündigung in den Werkskoloniewohnungen nichts einzuwenden. Schankhäuser für alkoholfreie Getränke könnten eingeführt werden. Alle wichtigen Forderungen sind also abgelehnt.

Jede Glückauf Segen. Nichts bewilligt. Die Arbeiter sollten nur tüchtig die Sachen in die Hand nehmen, dann verdienen sie auch.

Jede Engelsburg. Alle Forderungen abgelehnt. Dafür schimpfte der Betriebsführer auf die Bergarbeiterführer, die Schuld an der Arbeitslosigkeit hätten.

Jede Alte Haase. Nichts bewilligt. Die Arbeiter sollten nur tüchtig arbeiten, die Beche stände schlecht da!!!

Jede Freie Vogel und Unverhofft. Sitzung resultatlos verlaufen. Vergleute sollten tüchtig draufhauen, dann verdienen sie Geld!

Jede Friedrich der Große. Nichts bewilligt. Der Ausschuss soll die Anfuhr der Streikenden veranlassen.

Jede Bergmann. Alles abgelehnt.

Jede Konstantin. Alles abgelehnt. Das christliche Ausschussmitglied Sufmann bittet die Verwaltung um mehr Schutz für die christlichen Arbeitwilligen!!!

Weshalb verliefen auch die Verhandlungen auf den übrigen Bechen, den Ausschüssen wurde fast allgemein bedeutet, daß sie in der Lohnfrage, der Frage der Edichtverförmung usw. nicht zuständig seien, man aber aus Wohlwollen mit ihnen verhandeln wolle.

Wie in den Ausschusssitzungen verhandelt wird, zeigt das offizielle Protokoll über die Sitzung des Arbeiterausschusses der Jede Deutscher Kaiser am 9. März, worin es heißt:

Der die Verhandlungen leitende Betriebsdirektor eröffnete die Sitzung mit einem Hinweis darauf, daß er die Sitzung einerseits auf Wunsch verschiedener Mitglieder des Arbeiterausschusses (christliche Bechenvereiner), andererseits aber auch im Auftrag der Bergwerksdirektion Deutscher Kaiser einberufen habe, um dem Arbeiterausschuss in der gegenwärtigen Lage Gelegenheit zu geben, die Wünsche und Beschwerden der Belegschaftsmitglieder vorbringen zu können.

Hierauf nahm ein Mitglied des Arbeiterausschusses (christlicher Bechenvereiner) das Wort und erklärte, daß er und seine Kameraden eine Einberufung des Arbeiterausschusses anpreis hätten, weil durch Flugblätter und Zeitungsnutzen die Belegschaftsmitglieder beunruhigt würden. Es wäre höchste Zeit, hier festzustellen, daß viele Bergarbeiter, besonders die christlich organisierten Arbeiter, aber auch viele andere Belegschaftsmitglieder gegen den Streik seien. Der Redner erklärte, daß er für seine Person Wünsche nicht vorzubringen habe.

Ein anderes Ausschussmitglied erklärte, daß auch er keine Wünsche der Arbeiterchaft vorzubringen habe, denn auch die Schmelze und Schloffer der Belegschaft seien mit dem Gebotenen zufrieden, wie auch die übrige Arbeiterchaft, soweit er Fühlung mit derselben habe, gegen jeglichen Streik sei.

Ein drittes Ausschussmitglied hatte den einen Wunsch, daß die Lohnsituation verlesen werden möchte. Der Vorsitzende erklärte diesem Wunsch gegenüber, daß er, obwohl nach den gesetzlichen Bestimmungen Lohnfragen mit den Arbeiterausschüssen nicht verhandelt werden müßten, und solche auch gar nicht zu der Zuständigkeit der Arbeiterausschüsse gehörten, doch entgegenkommenderweise bereit sei, die Lohnfrage zu besprechen, jedoch nur außerhalb der Tagesordnung.

Nachdem noch von einem Mitgliede des Arbeiterausschusses Mängel beim Gebührensachen gerügt worden waren, für die sofortige Abhilfe angefragt wurde, schloß der Vorsitzende, nachdem weitere Wünsche nicht laut wurden, die Sitzung.

Anschließend daran wurde sofort in die Besprechung der Lohnfrage eingetreten und vom Betriebsdirektor den Anwesenden eine Lohnstatistik ausgehändigt. Der Betriebsdirektor wies hierbei auf die seit längerem sich fortsetzende Steigerung der Löhne bei den einzelnen Arbeiterkategorien wie auch im Durchschnitt sowie auf die längste, erst am 1. März eingetretene Lohnsteigerung hin. Seitens der einzelnen Mitglieder des Arbeiterausschusses wurde die behauptete Steigerung der Löhne auf den Kaiserschächten anerkannt.

Daß es unmöglich ist, nach derartigen Methoden zu fruchtbareren Verhandlungsergebnissen zu gelangen, liegt auf der Hand. Die Mitglieder der Arbeiterausschüsse werden nicht als gleichberechtigte Verhandlungsteilnehmer, sondern als Untergebene behandelt, ein Recht, die Lohnfrage zu diskutieren, wird ihnen überhaupt nicht eingeräumt.

Schredschüsse der Bechenherren.

Die Bechenherren versuchen jedes Mittel, um den Streikenden Angst einzujagen und sie zur Anfuhr zu bewegen. Den Koloniewohnern wurde gedroht, daß sie aus den Wohnungen herausgeschickt würden. Dann drohten die Bechenherren mit Entlassung und Einhaltung von sechs Schichten wegen angeblichem Kontraktbruch. Nachdem all diese Drohungen versagt haben, teilten die Bechenverwaltungen den Streikenden durch Postkarte mit:

Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß Sie aus der Belegschaftsliste gestrichen werden, falls Sie nicht bis spätestens Samstag, den 16. März d. J., wieder angefahren sein sollten.

Ferner werden wir in diesem Falle von dem uns nach § 6 der Arbeitsordnung zustehenden Recht Gebrauch machen und von Ihren Lohnforderungen den Betrag für sechs Schichten zurückhalten.

Ebenso ist auch den Inhabern von Koloniewohnungen die Frist bis dahin verlängert worden. Das zeigt, wie die Bechenverwaltungen sich anstrengen, die Leute wieder ins Joch zu kriegen.

Auch die erneuten Schredschüsse werden ihre Wirkung verfehlen. Besonders die, betreffend die Koloniewohnungen. Diese Drohungen sind auch 1905 ergangen. Aber auch damals hat man nicht gewagt, die Drohungen auszuführen. Einfach, weil es unmöglich ist, und weil die Zivilbehörden, die ja dann für Unterfunktion sorgen müßten, aber nicht können, gegen die Massenexmissionen im Voraus Einspruch erhoben haben. Also: bange machen gilt nicht!

Wirtschaftliche Wirkungen des Bergarbeiterstreiks.

Die Deutsche Ammoniak-Verkaufsvereinigung verbandte unterm 12. März 1912 folgendes Schreiben:

„An unsere Abnehmer!

Infolge des ausgebrochenen Bergarbeiterausstandes können die Kokerien der unserer Bereinigung angehörenden Gesellschaften überhaupt nicht mehr oder nur noch in einem Umfange in Betrieb gehalten werden, daß eine Gewinnung der Nebenzeugnisse einstellbar vollständig in Frage gestellt ist.

Bei der Ausbehrung, welche der Ausstand gegen alles Ermarten bereits angenommen hat, muß damit gerechnet werden, daß die Unterbrechung unserer Lieferungsverhältnisse längere Zeit anfallt. Wir sind daher genötigt, auf Grund der mit Ihnen vereinbarten Bedingungen unsere Lieferungen ein für allemal vollständig einzustellen. Welchen Anteil wir Ihnen auf die fälligen, aber noch nicht bezogenen Mengen werden liefern können, läßt sich erst nach Beendigung des Ausstandes genau feststellen.

Da die Kohlen, welche den einzelnen Anlagen zur Verfügung stehen, dringend erforderlich sind, um die zur Aufrechterhaltung erforderlichen Maschinen in Betrieb und die Koksöfen heiß zu halten, so kann angenommen werden, daß nennenswerte Mengen schw. Ammoniak während der

Zeit des Ausstandes nicht gewonnen werden können und daß wir somit in der Lage sein werden, nur geringfügige Anteile auf die noch ausstehenden Lieferungen zur Verfügung zu bringen.

Wir werden aber sofort die nötigen Erhebungen anstellen, um Anhaltspunkte dafür zu gewinnen, welchen Anteil wir zunächst auf die fälligen und bereits abgerufenen Mengen werden liefern können.

Wir bitten Sie, und gefälligst umgehend zu sagen, ob Sie unter solchen Umständen auf den Ihnen zuzehörenden Anteil verzichten oder sich damit einverstanden erklären wollen, daß wir die Ihnen zuzehörenden Mengen auch in Teilungen, also notfalls unter 5 und 10 T. sobald als möglich nach Feststellung unserer Lieferungs-möglichkeit zur Ablieferung bringen, oder ob Sie den Bezug auf Herbst 1912, Frühjahr nächsten Jahres ganz verschoben wollen.

Sodachachtungsvoll!

Deutsche Ammoniak-Verkaufsvereinigung.

Das Schreiben zeigt uns so recht die Wirkung des Streiks, wie die Verblüffung der Unternehmer über den Umfang des Ausstandes. Wir haben deshalb dem Schreiben nichts weiter hinzuzufügen.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ (Abendausgabe vom Mittwoch, den 13. März) läßt sich gleichfalls über die wirtschaftlichen Folgen des Streiks aus. Sie sagt, daß das Kohlenhindernis den Kohlenpreis infolge des Streiks erhöht habe und daß die Lagerbestände zur Deckung des dringendsten Bedarfs für einige Zeit ausreichen werden. Für einige Zeit! Die Zufuhren nach den Ruhrhäfen sind eingestellt. Dann heißt es weiter:

Die Förderung an Ruhrkohlen, die bisher im Durchschnitt 200 000 T. pro Arbeitstag betrug, ist am ersten Streittag auf circa 100 000 T. und am zweiten auf circa 120 000 T. gesunken. Diese Mengen müssen ausschließlich zur Verfügung des Syndikats bleiben, damit es den dringendsten Bedarf befriedigen kann, der in dem ausschließlich auf die Ruhrkohle angewiesenen engeren Verbrauchsbezirk auftritt. ... Aus der Fördermenge in den beiden verlassenen Streittagen läßt sich auch ein Schluß auf die Zahl der Streikenden ziehen. Das Ausbringen pro Mann und Schicht beträgt nicht ganz eine Tonne, etwa 0,90. Zur Förderung von 100 000 T. wären demnach 178 000 Arbeiter und Belegschaft von 120 000 T. etwa 134 000 Arbeiter erforderlich. Da die Gesamtbelegschaft im Durchschnitt 800 000 Mann betrug, so hätten demnach am Montag 182 000 und am Dienstag 227 000 Mann gestreikt, das sind 50,5 bezw. 63,1 Prozent der Belegschaft. Der Förderanstoss an diesen beiden Tagen betrug etwa 280 000 T. im Werte von 2,8 Mill. Mark. Nimmt man an, daß der Streik nicht weiter um sich greift und daß weiter durchschnittlich 100 000 bis 120 000 T. pro Tag gefördert werden, so würde der Förderanstoss pro Woche etwa 960 000 T. im Werte von 9,6 Mill. Mark betragen.

Die Streikenden werden dafür sorgen, daß den Werksherren der Kampf noch bitterer gemacht wird, als es in obigen Zahlen zum Ausdruck kommt. Eine ganze Anzahl Werke kann nur noch ihren eigenen Bedarf an Kohlen zu Tage schaffen. Es gibt sogar viele Gruben, wo der Ausstand so allgemein ist, daß sie an die eigene Deckung des Selbstverbrauchs gar nicht mehr denken können.

Wie die „eindrucksvollen Kundgebungen“ des Zentrums-gewerkevereins zustande kommen.

Schon häufig haben wir darauf hingewiesen, daß die „eindrucksvollen Kundgebungen“, womit der Zentrums-gewerkeverein seine Mitglieder und die Öffentlichkeit zu blaffen sucht, nicht von Bergarbeitern ausgehen, sondern von Zalmbergarbeitern, Schuftern, Schneidern, Holzarbeitern, Bauarbeitern usw. In all den „eindrucksvollen Kundgebungen“, welche bisher von dieser Seite veranstaltet wurden, waren recht wenig Bergleute beteiligt. Als blühender Beweis dafür, wie schädlich die christlichen Bergarbeiter von ihren Führern betrogen werden, bringt die Essener „Arbeiter-Zeitung“ folgendes Zirkular:

Zentralverband christlicher Holzarbeiter. (Ortsverwaltung Offen).
Offen, den 6. März 1912.

Wertes Kollegel

Im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht augenblicklich die Frage, was bringen die nächsten Wochen im Ruhrbergbau?

Die Taktik des alten sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes und seiner Mittläufer läßt nach nicht mit aller Deutlichkeit erkennen, wie die Parole für die nächsten Tage lauten wird. Alle, die offenen Auges die Dinge in der letzten Woche verfolgt haben, werden kaum im Zweifel sein, wohin der Weg gehen soll.

Auch die Stellungnahme des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter ist klar und für jeden wachen Freund der Bergarbeiter einwandfrei. Die augenblickliche Lage im Ruhrkohlenbergbau soll nun am kommenden Sonntag in einer großen öffentlichen Versammlung des Gewerkschaftskartells eingehend behandelt werden.

Diese Versammlung findet statt: Sonntag, den 10. März, vormittags 11 Uhr, im großen Saale des Arbeiterheims, Bahnhofsstraße 46 (Rhein.-Westf. Volkstheater).

Kollegen! Die Sache der christlichen Bergarbeiter interessiert auch uns als Holzarbeiter im weitgehenden Maße, weshalb ich alle unsere Kollegen dringend erlauche, unter allen Umständen diese öffentliche Versammlung zu besuchen, um so mehr, da es sich auch darum handelt, die Versammlung zu einer eindrucksvollen Kundgebung zu veranlassen.

Mit kollegialem Gruß

Franz Rust.

Also, nun haben wir es schwarz auf weiß, wie die „eindrucksvolle Kundgebung“ der christlichen Bergarbeiter am 10. März zustande gekommen ist. Wir dürfen mit aller Sicherheit annehmen, daß dieser Sache eine Parole aus der Streikbruchzentrale des christlichen Gewerkevereins zugrunde liegt, und daß an allen wichtigen Orten wenigstens nach diesem Rezept verfahren worden ist. Es enthält sich so das erbauliche Schauspiel einer ungeheuren Irreführung der christlichen Bergarbeiter und der gesamten Öffentlichkeit. Der Streikbruchschluß der Gewerkevereinsversammlungen hat zum Urheber nicht etwa die christlichen Bergarbeiter, sondern Leute, die dem Verfall völlig fernstehen. Dieser Verrat muß die Gewerkevereinsleitung für alle Zeiten des Vertrauens ihrer Mitglieder berauben und sie der Verurteilung aller rechtlich Denkenden ausliefern.

Scharfmacherbundesgenossen.

Der Zentrums-gewerkeverein zieht nicht nur mit den schlimmsten Scharfmachern an einem Strang, sondern überbietet sie noch. Am 12. März forderte das Herrenhaus von der Regierung einen besseren Schutz der Arbeitswilligen. Das Herrenhaus forderte von der Regierung, den Besonderen die staatliche Gewalt rücksichtslos zur Verfügung zu stellen und diese bereit zu machen, zu gehorchen. Sie ließ halbamtlich durch Wolffs Telegraphenbureau mitteilen:

Aus dem Verlaufe der gestrigen Herrenhausdebatte über den Schutz der Arbeitswilligen betreffend den Antrag von Putzamer ist in der Presse hier und da gefolgert worden, daß es die Staatsregierung bei dem gegenwärtigen Streik im Ruhrgebiet an dem genügenden Maße von Energie bei der Durchführung des Arbeitswilligenfehls fehlen ließe. Wie unzutreffend eine derartige Annahme ist, geht aus den strengen Anweisungen hervor, die jenseitig vom Beginne der Bewegung an in dieser Beziehung an die mit der Durchführung des Schutzes beauftragten Provinzialbehörden ergangen sind. Diese Behörden sind veranlaßt worden, mit Hilfe der weitestlich verstärkten Polizei- und Gendarmeriemacht den Schutz der Arbeitswilligen in umfassendstem und voll ausreichendem Maße durchzuführen. Auch sind die Behörden ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß, wenn der hiernach unbedingt zu gewählende Schutz der Arbeitswilligen mit den vorhandenen Mitteln

Polizeikräfte nicht durchgeführt werden kann, rechtzeitig militärische Hilfe heranzuziehen ist.

Zu gleicher Zeit veröffentlichte die Zeitung des Zentrums-gewerkevereins folgende Erklärung:

„Es zeigt sich immer deutlicher, daß der behördliche Schutz der weiterarbeitenden Bergleute nicht genügt, aus fast allen Bezirken des Ruhrreviers kommen begründete Klagen über Verletzungen; truppweise kommen die Vertretungskomitee des Gewerkevereins zu den Bureaus und beschwerten sich; besonders wird betont, daß die Verletzungen recht oft weniger durch streikende Bergleute, als durch fremde, unbekanntes Gesindel erfolgen. Wir haben uns auf Grund der Klagen unserer Mitglieder schon mehrfach unter Angabe von Tatsachen an die Behörden gewandt, um einen ausreichenden Schutz der Nichtstreikenden zu erhalten, die Polizeibehörde hat sich bemüht, in den angegebenen, gefährdeten Punkten mehr Sicherheit zu schaffen, mit dem Erfolge, daß die Verletzungen dort ab- und an anderen Stellen zunehmen, offensichtlich genügt der bis jetzt zur Verfügung stehende Beamtenapparat nicht, es herrscht stellenweise nicht die Verhärde, sondern der Pöbel, wir sehen uns genötigt, das öffentlich festzustellen. Gleichzeitig stellen wir fest, daß die Zunahme der Streikenden nicht auf Streiklust, sondern auf Furcht vor Überfällen und Verletzungen zurückzuführen ist. Weiter müssen wir schon jetzt darauf aufmerksam machen, daß die Mut der zum Streik haltenden sozialdemokratischen und politischen Menge steigt und damit auch die Gefahren für die arbeitenden Bergleute zunehmen. Wenn unsere Behörden nicht für einen ausreichenden Schutz sorgen, müssen wir sie für die kommenden ernstlichen Ereignisse verantwortlich machen.“

Die Revierkonferenz des Zentrums-gewerkevereins, welche am 13. März in Bochum stattfand, hat wieder militärischen Schutz bestellt. Sie hat an den Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, folgendes Telegramm gerichtet:

„Bochum, 13. März 1912. Die heute im Totale Fischelhof von rund 850 Zahlstellen-Vorkommenden und Vertrauensleuten des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter besuchte Konferenz stellte durch sämtliche Redner der in Betracht kommenden Bezirke fest, daß auf den Besonderen und Straßen, besonders außerhalb der geschlossenen Ortschaften der polizeiliche Schutz ungenügend ist, so vielfach völlig versagt. Die Mitglieder des Gewerkevereins — so wurde einstimmig festgestellt — wollen die Arbeit nicht einstellen, sondern weiterarbeiten. Wird ihnen aber der behördliche Schutz versagt, so machen sie die Regierung für den durch das gewaltsame Fernhalten von der Arbeit bedingten Ausfall an Lohn, für den Verlust der Anwartschaftrechte in der Pensionskasse, sowie für alle andern daraus entziehenden Nachteile verantwortlich. Nachmal: Die Konferenz verlangt auszuweisen Schutz, um die Arbeit fortsetzen zu können.“

Es ist nicht der schlechteste Witz, daß dieser Jammersehre auf Antrag des „Anarchos“ Johann Effert abgehandelt wurde, deselben Effert, der vor einigen Jahren einen Weltbrand mit internationaler Hilfe entfachen wollte, um das Erverderleben der Nation und die deutsche Industrie zu vernichten, wenn die Forderungen der Bergarbeiter nicht erfüllt würden.

Effert nennt die Streikenden „Mob“ und „arbeitsheues Gefindel“.

Nach einem Bericht der Tagespresse führte Effert in der Revierkonferenz des Zentrums-gewerkevereins aus:

„Die Sozialdemokratie des Ruhrreviers lämpft den Zweiflungskampf. Es geht um Kopf und Kragen. Die Sozialisten fühlen ganz deutlich, daß die eigene Kraft nicht ausreicht. Daher ihre Mut gegen den Gewerkeverein. Unter stümischem Pfeiffen ruft der Redner: Ich bin jetzt darauf, daß ich in dieser Stunde mein Recht eine Waffe darf bahnen helfen. Denn hier kämpft Gewalt gegen Recht. Wenn ihr, Kameraden, jetzt verlasst, dann getet ihr nachher dennoch als Verräter. (Sehr richtig!) Der Sieg wird dann auf Seiten der anderen sein, und ihr werdet nie mehr euren Willen durchsetzen können. Dann werdet ihr Sklaven der Sozialdemokratie. Der Mob, das arbeitsheues Gefindel, will erbarme Staatsbürger von der Arbeit fernhalten. Deswegen mitzutreten, wäre Selbstauflage.“

Ich weiß, freimüßig wollt ihr die Arbeit nicht niederlegen, ihr weicht der Gewalt, die euer Leben bedroht. Ihr seid empört über die Behörden! Den Verwurf erhebe ich heute mit allem Nachdruck: Der Schutz, den die Regierung den Bergleuten gibt, die sich als Elfen des Staates erweisen, ist zu gering. Wenn die Regierung nicht in der Lage ist, das Recht des Staatsbürgers, des Arbeiters zu schützen, dann mag sie zugunsten der Sozialdemokratie abdanken. Ich lade die größte Schuld auf die Regierungspräsidenten von Düsseldorf und Arnberg. Sie haben sich fast genug gefühlt. Macht und Freiheit der Bergarbeiter zu schützen; sie haben es nicht gelernt, wollen aber dieses nicht zugestehen.“

Das sagt ein Mann, der wegen schwerer Körperverletzung viele Jahre hinter schwedischen Gardinen zugebracht hat. Höher gehts wirklich nicht!

Aber die Zeitung des Zentrums-gewerkevereins geht noch weiter; sie legt ihren Mitgliedern folgende Erklärung zur Unterschrift vor:

„Ich, der Unterzeichnete, erkläre hiermit, daß ich nicht streiken will. Ich kann leider nicht sehr zur Arbeit kommen, weil die Unsicherheit auf dem Wege zu groß ist, daß ich ohne Gefahr für mein Leben und meine Gesundheit den Weg nicht machen kann. Ich erkläre mich bereit, die Arbeit sofort wieder anzunehmen, sobald die Behörde dafür sorgt, daß ich sie ohne Gefahr wieder aufnehmen kann.“

So leisten die Christenführer Genfersdienste an der eigenen Klasse.

In dieselbe Kerbe wie die „Christenführer“ häut auch die Zentrums-presse, die täglich mit Tatarennachrichten über Ausschreitungen der Streikenden gefüllt ist. Die ultramontane „Essener Volkszeitung“ (Sprachrohr des Zentrums-gewerkevereins) brachte in ihrer Nr. 51 vom 12. März an erster Stelle in großer Schrift folgenden Aufruf:

„Schutz der Arbeitswilligen, Schutz vor dem Terrorismus der Sozialdemokratie!“

Angesichts der Streikfahrt im Ruhrgebiet läßt die Regierung ankündigen, daß sie jedenfalls mit allen gesetzlichen Mitteln die arbeitwilligen Bergleute schützen werde. Der Schutz des Bürgers in seinem Rechte, seiner Willensfreiheit ist in der Tat die Pflicht jeder anständigen Regierung. Im vorliegenden Fall rät nicht bloß das Billiggefühl, sondern auch die Staatsklugheit ganz entschieden die kräftige Wöcher des Streikterrorismus an. Es liegt hier nicht ein Ausnahmefall vor, der mit elementarer Kraft aus dem Drange der Verhältnisse und dem einheitlichen Willensstriebe der ganzen beteiligten Arbeiterschaft herausgemacht ist, sondern eine sozialdemokratische Machenschaft, durch welche die Arbeitermasse in einen verwegenen Kampf vorzueilt und unter ungünstigen Verhältnissen hineingeworfen werden soll. Der christliche Verband und die zu ihm stehenden evangelischen Bergarbeitervereine vertreten in ihrem Widerstand nicht bloß die gesunde Vernunft und die Handlungs-freiheit gegenüber Verführung- und Vergewaltigungsversuchen, sondern auch das nationale Interesse. Denn im letzten Grunde läuft die sozialdemokratische Kampfschreiberei darauf hinaus, daß die deutschen Arbeiter ihre Haut für die Engländer zu Raute tragen und die deutsche Volkswirtschaft mit den Kriegskosten für den englischen Lohnkampf belastet werden soll.

Würden die sozialdemokratischen Hezer im Ruhrrevier ihren Zweck erreichen, so könnten wir leicht das traurige Schauspiel erleben, daß in England schnell der Friede hergestellt wird, während in Deutschland der Sympathiestreik fortbauert und mit landesüblicher Gewandtheit unter schweren Sühnen durchgeführt wird. Dann hätten die Engländer abermals Gelegenheit, Eroberungen auf dem Weltmarkt zu machen und sich Vorteile auf Deutschlands Kosten zu sichern, wie sie es schon bei dem letzten Lohnkampf im Ruhrrevier gemacht haben.

Bei der Notgenussicht waren im Ruhrbezirk von 170 868 Mann der ordnungsmäßigen Belegschaft 112 100 angefahren. Die Beteiligung am Streik beträgt also insgesamt 34,38 Prozent, die in den einzelnen Bezirken sehr verschieden ist.

Während sie im Revier Dortmund bis auf 65,28 Prozent steigt, in Witten 48,97 erreicht, geht sie in Essen-Ost bis auf 14,88 und Werden auf 12,40 Prozent herunter.

Es ist begreiflich, daß die Sozialdemokratie in diesen Ziffern einen starken Beschlag ihrer Hoffnungen erleiden muß. Gleichzeitig wird damit fundiert, daß bei der großen Mehrheit der Bergarbeiter

schafft die der Öffentlichkeit gegenüber behauptete Streikstimmung nicht vorhanden ist. Selbst ein erheblicher Teil der Ausständigen hat nur geringen Anteil, recht bemerkenswert ist vor allem die Tatsache, daß im Essener Bezirk auch ein Teil der Unterhändler sich nicht am Streik beteiligt hat. Diese Tatsachen haben den ganzen Hohn der Enttäuschten macherufen, der sich mancherorts in einem von oben herab veranlaßten unerträglichen Terrorismus geäußert hat. So wird aus Derten (Beche Erwald) berichtet, daß die Leute auf der Straße nicht sicher seien, und besonders die Polen sich außerordentlich rabiat gebärdeten, auf Beche Dorsfeld I und II wird das Behaupten von der Sozialdemokratie biokiert, ein gleiches wird von den Breiten Victoria, Griesenau, Breuken I und II, Steckeade und sogar von Königin Elisabeth in Irdenberg berichtet. Es liegt System in der Sache, die Sozialdemokratie scheint ähnlich wie beim Streikausbruch 1908 ihre Elitegruppe mobilisiert zu haben, um die Arbeitswilligen von der Arbeit fernzuhalten, und wie es in der Essener „Arbeiter-Zeitung“ terroristisch heißt, den letzten Bergarbeiter aus der Grube herauszubringen.

In Wattencheid ist nach einer Meldung der „Rheinischen Zeitung“ in einer „Dreibunderversammlung“ öffentlich aufgefördert worden, in den Straßen der Stadt spazieren zu gehen, um damit für die Niederlegung der Arbeit Stimmung zu machen. Wie diese Stimmungsmache zu verstehen ist, das kennt man und das hat sich eben erst in der Praxis gezeigt.

Die große Mehrheit der Arbeiter will arbeiten, das hat die Anfahr zur heutigen Frühssicht nach Proklamtion des Streiks gezeigt. Die große Mehrheit soll und muß die Freiheit haben, ihren Willen durchzusetzen. Wird sie in dieser Freiheit gehemmt, dann ist es die Pflicht der Regierung, ihr jeden gesetzlichen Schutz gegen sozialdemokratische Willkür zur Verfügung zu stellen. Reichen die in den Industriebezirk beorderten Polizeimannschaften nicht aus, gut, dann mag das Militär kommen.

Der sozialdemokratische Terrorismus soll und darf nicht triumphieren!

Dieses Dokument spricht für sich. Den Scharfmacherwünschen der Zentrums-presse und der Christenführer ist in vollstem Maße entsprochen worden.

Interpellation über den Bergarbeiterstreik im preussischen Landtage.

Die Reaktionen aller Parteischattierungen wittern Morgenluft und suchen aus dem Terrorismusgebäude der Zentrums-gewerkevereinsführer, der Redner- und Zentrums-presse nach Prüfsten Kapital zu schlagen. Die Zentrums-agog. Dr. u. St. Imbusch, Sauer mann, Giesberts, Bronowski und Meyer haben mit Unterstützung der Zentrumsfraktion eine Interpellation im Landtage eingebracht, worin ein besserer Schutz der Arbeitswilligen gefordert wird. U. a. wird darin gesagt:

„Welche Maßnahmen hat die königliche Staatsregierung ergriffen, und welche gedenkt sie zu ergreifen, um die Arbeitswilligen zu schützen?“

Auch die Konservativen, Freikonservativen und National-liberalen fordern einen besseren Schutz der Arbeitswilligen.

Die Interpellation der Konserverativen hat folgenden Wortlaut:

„Ist die königliche Staatsregierung bereit, darüber Auskunft zu erteilen, wie weit die Nachrichten über Ausschreitungen in den Streikgebieten den Tatsachen entsprechen und ob vollaufgehende Maßnahmen getroffen sind, um den Arbeitswilligen unbedingt behördlichen Schutz zu gewähren und die Ordnung aufrecht zu erhalten?“

Die Interpellation der Freikonservativen lautet:

„Ist die königliche Staatsregierung bereit, über den Stand des Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier, insbesondere über die Maßnahmen zum Schutze der Arbeitswilligen und deren Wirksamkeit Auskunft zu erteilen?“

Die Interpellation der National-liberalen fragt:

„Ist die königliche Staatsregierung bereit, über die Lage des Ausstandes der Bergarbeiter im Ruhrrevier Auskunft zu erteilen? Ist seitens der königlichen Staatsregierung aus reichende Maßnahmen zur Wahrung der öffentlichen Ordnung im Streikgebiet getroffen?“

Die Zentrums-gewerkevereinsleitung geht, wie Figura zeigt, Arm in Arm mit den schlimmsten Scharfmachern. Ehemalige Arbeiter sind es, die so Genfersdienste leisten an ihren Klassen-genossen.

Dabei sind die ganzen Terrorismusgeschichten zumeist völlig erlogen, oder maßlos aufgeblasen. So schrieb selbst die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ (Mittagsausgabe vom 12. März):

„Der Bergarbeiter-Streik. Alles ruhig. Mit kleinen Ausnahmen ist von gestern abend bis heute morgen im Streikgebiete keinerlei erhebliche Ausschreitungen vorgekommen. Einzelne Ausschreitungen, die gemeldet wurden, dürften sich von den üblichen Montagstrawallen nicht wesentlich unterscheiden, nur in Hamburg kam es zu bedeutenderen Zusammenstößen. Im allgemeinen dürfte heute auf den meisten Bezirken bereits die kombinierte Schicht von 8 bis 4 Uhr verfahren werden.“

Und in der Abend-Ausgabe vom 12. März schrieb das Blatt weiter: „Ausschreitungen von Belang sind in keinem Revier vorgekommen.“

In ihrer Mittags-Ausgabe vom 13. März schrieb die „Rheinisch-Westf. Zeitung“:

„Man kann feststellen, daß nach wie vor im allgemeinen die Lage unruhig ist und mit Ausnahme der humberner Krattwalle nirgend ernstliche Ausschreitungen und Ausschreitungen vorgekommen sind. Natürlich schwärzen, wie stets, Tugende von Nachrichten über Zusammenstöße mit der Polizei und Gendarmerie umher, die sich zu Nachrichten verdichten. Bei deren Nachprüfung ergibt sich aber fast stets, daß es sich um verhältnismäßig harmlos verlaufene Zusammenrottungen handelte. Wer weiß, wie häufig solche Zusammenrottungen im Industriegebiet auch zu Zeiten sind, wenn kein Streik besteht, wird diese kleineren und größeren Aufläufe weniger ernst nehmen.“

Also alles ruhig, bis auf die Zentrums-gewerkevereinsleitung und die Zentrums-presse. Wenn es aber da und dort zu dauerlichen Zusammenstößen gekommen ist, trägt daran in der Hauptsache die Schutzmannschaft die Schuld, welche nicht immer die Ruhe und Besonnenheit dem Publikum gegenüber zeigte, die unbedingt von diesen Beamten gefordert werden muß, im Interesse der öffentlichen Sicherheit.

Tatarennachrichten.

Besonders die Zentrums-presse ist unerträglich im Erfinden von Tatarennachrichten, von denen selbst die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ sagt, daß sie jeder Grundlage entbehren. So schreibt die „Votroper Zeitung“ vom 15. März 1912: „Zu welchen Mitteln das Streikfesto die sozialdemokratischen Verbandsführer treibt,

dafür ein Beispiel. Als am Montag entgegen den Erwartungen der sozialdemokratischen Führer nur ein recht geringer Prozentsatz der Ruhrbergleute streikte, wandte sich der Verbandsführer Wagner telephonisch an das Arbeitersekretariat in Gladbeck. Irztümlicherweise erhielt er aber statt mit dem sozialdemokratischen Arbeitersekretär Stiller, mit dem katolischen Arbeitersekretär Stiefer Verbindung. Auf dessen Bureau waren zufällig noch zwei christliche Gewerkevereinsbeamte anwesend. Nachdem sich Wagner nach dem Stand des Streiks erkundigt hatte, meinte er: „Wie wäre es, wenn dort ein Flugblatt unter die Leute verbreitet würde: die englischen Bergarbeiterführer wären von den englischen Grubenbesitzern mit 1 Mill. befohlen worden.“ Auf die Antwort, die Sache sei aber gefährlich, sagte Wagner: „Wir brauchen ja keine Namen anzugeben.“ Nach dem ihm dann gesagt war, es wäre das doch eine brenzlige Geschichte, antwortete Wagner: „Wir können ja schließlich auch Plakate anhängen und von der Polizei die Erlaubnis dafür holen.“ Wir weisen dann auch auf die Hunderte Millionen hin, um die die deutsche Industrie geschädigt würde.“

Die Verhandlungsführer haben sich also offensichtlich schon am Montag mit der Frage beschäftigt, wie sie ihre Leute wieder in die Arbeit bekommen. Wagner glaubte hierzu auch die Verwendung gebräucher zu können, die englischen Bergarbeiterführer hätten sich lassen lassen. Damit sollte auch die Schädigung der Industrie hervorgerufen werden. Ob die Bergleute jetzt bald merken, wie sie von sozialdemokratischer Seite eingeschlagen werden?

Wagner sandte dem Blatt darauf folgende Berichtigung: „Doch am 10. März 1913.“

Redaktion der „Völkischer Zeitung“, Völkisch.

Unter der Überschrift: „Zu welchen Mitteln das Streikvolk die sozialdemokratischen Bergarbeiter treibt“, bringen Sie in Ihrer „Völkischer Zeitung“ (Ausgabe vom 15. März) eine Note, die in keiner Weise den Tatsachen entspricht. Ich erlaube Sie, unter Berufung auf § 11 des Reichsgesetzes, dieselbe hiermit zu berichtigen: 1. Es ist unrichtig, daß ich mich am Montag (11. März) telephonisch an das Arbeitersekretariat in Gladbeck wandte, telephonisch aber nicht mit dem Arbeitersekretär Stiller, mit dem katholischen Arbeitersekretär Stieler Verbindung erhielt.

2. Es ist unrichtig, daß ich mich nach dem Stand des Streiks erkundigt und gesagt habe: „Wie wäre es, wenn dort ein Flugblatt unter die Leute verbreitet würde: die englischen Bergarbeiterführer wären von den englischen Grubenbesitzern mit 1 Million bestochen worden.“

3. Es ist unrichtig, daß ich auf die Antwort, die Sache sei aber gefährlich, gesagt habe: „Wir brauchen ja keine Namen anzugeben.“

4. Es ist unrichtig, daß ich auf die weitere Antwort, daß sei doch eine krenologische Geschichte, gesagt habe: „Wir können ja schließlich auch Plakate aufhängen und von der Polizei die Erlaubnis dazu holen. Wir weisen dann auch auf die Hunderte von Millionen hin, um die die deutsche Industrie geschädigt würde.“

Wahr ist, daß ich wieder am Montag, noch an einem anderen Tage an das Arbeitersekretariat in Gladbeck telephonierte und wieder mit Stieler, noch mit Stieler Verbindung erhalten habe. Theodor Wagner.“

Wie die Polizei im Streikrevier vorgeht.

In Erle bei Wuer, bei Seche Radbod, sowie in Soddingen bei Gerne usw. ist es zu blutigen Exzessen gekommen. Wer die Schuldigen sind, das müssen die Leser selbst entscheiden, wenn sie die folgenden Schilderungen eines Mitglieds des Bergarbeiterverbandes, der Augenzeuge der Vorgänge in Soddingen war, lesen:

„Für Mittwoch, den 13. März, war für die Seche Mont Genis auf 4 Uhr nachmittags eine Belegtagungsversammlung angesetzt. Zu dieser Belegtagungsversammlung war ich als Referent bestimmt. Als ich ungefähr 10 Minuten vor 4 Uhr in Soddingen auf dem Marktplatz ankam, sah ich auf dem Trottoir und auf dem Marktplatz selbst mehrere Trupps Kameraden zusammenstehen, die sich unterhielten. Ich ging sofort an die einzelnen Trupps heran und forderte sie auf, die Trottoirs und die Straße zu verlassen und ins Versammlungslokal zu gehen, denn um 4 Uhr war die Versammlung angesetzt. Die Kameraden meinten jedoch, sie hätten noch etwas Zeit, es wäre noch nicht ganz 4 Uhr und hatten die Absicht, die Streikbrecher, die um 4 Uhr vom Seche kamen, in Angenicht zu nehmen. Auf einmal kam Gendarmerte in Sicht, vier bis sechs berittene Schenkente und hinterher ebensoviele dominikanische Leute. Der Wachtmeister rief sofort auf die Menge zu, stellte sich am Kriegesdenkmal auf und forderte die Leute auf, den Platz zu räumen. In dem Moment sprang ich vor die Gendarmerte und richtete an die Kameraden mit lauter Stimme eine Ansprache, doch sofort den Marktplatz zu verlassen und sich in das etwa 40 Meter entfernt liegende Versammlungslokal zu begeben. Die Polizeimannschaft dürfte die Anstimmungen nicht dulden auf den Straßen und den freien Plätzen. In der Versammlung wurde über die augenblickliche Situation von mir Bericht erstattet. Der Wachtmeister sagte hierauf: „Ich kann Ihnen nur raten, folgen Sie den Anordnungen dieses Mannes und gehen Sie ruhig in das Versammlungslokal hinein.“ Die ganze Menge drehte sich um, setzte sich sofort in Bewegung und leistete meinen Anordnungen Folge. Ich ging nun etwas eiliger Schritte voraus, damit das Lokal so schnell wie möglich gefüllt werden sollte, immer unterwegs die Kameraden auffordernd, sich möglichst rasch in das Versammlungslokal zu begeben. Am Lokal angekommen, ging der Einmarsch in den Saal etwas langsam, weil ein längerer Sturm poliert werden mußte, der mit einer doppelten Flügeltür ungefähr 5 Meter vom Eingang versehen war, und von dieser Flügeltür war nur ein Flügel geöffnet. Ich rief deshalb: „Reißt doch auch den anderen Flügel, damit die Menge rascher in den Saal hineinkommen kann!“ In demselben Moment zog die Schanzmannschaft zu Fuß blank und hielt ohne jede Verhütung auf die Menge mit der blanken Waffe ein! Ein Bergmann an meiner linken Seite wurde mit einem Säbelhieb niedergeworfen, so daß mein Leberzucker mit Blut durchtränkt war. Es entstand nun förmlich eine Panik, und ich habe wohl 4-5 Meter keinen Fuß auf den Erdboden bekommen, denn der Druck von hinten war nimmehr ungeheuer. Ich habe dann sofort den Wert gefragt, ob ich die Versammlung abhalten könnte, damit ich wenigstens etwas die Menge beruhigte. Das hat der Wert herweigert in Unbetracht des tödlichen Schadens, den er erlitt, denn Fenster und alles in dem Korridor waren eingedrückt worden, die zweite Flügeltür war gebrochen. Er gestellte mir schließlich dennoch, eine Ansprache zu halten, aber nur sehr kurz. Ich habe dann ungefähr 15 bis 20 Minuten auf die Leute eingeredet, sie aufgefordert, sich vor allen Dingen ruhig nach Hause zu begeben und keine Straßenanstellungen mehr vorzunehmen, denn nach meiner Auffassung habe sich die Polizei die Aufgabe gestellt, die jetzige Bewegung im Blute zu kritisieren. Als ich wieder aus dem Versammlungslokal herauskam, fragte ich einen Metzgermeister, der gegenüber dem Lokal wohnte, ob er die Aufklärung mit angehen habe. Der Mann sagte mir: „Herrgott nochmal, haben doch die Leute Schläge gefressen, die doch eigentlich nichts verbrochen haben. Ich konnte es nicht mehr mit ansehen.“ Als ich ihn darauf frag, ob er nicht ungefähr sagen könne, wieviel Mann denn verletzt seien und niedergeworfen worden wären, sagte er zu mir: „Mein Herr, ich bin Geschäftsmann und möchte nichts gesagt haben.“

Ich ging dann wieder nach dem Marktplatz zurück und sah, wie die Polizei sich fortwährend in Aufregung befand und in die Häuser einbrach. Als sie dort machte, kann ich allerdings nicht mitteilen. Vom Streikrevier aus wurde beobachtet, so teilte mir unser Streikführer mit, daß ein junger Mann hinter dem Saal von einem Polizisten niedergeworfen worden sei. Vor dem Lokal sah ich bei meinem Weggang mehrere Wutläufer auf der Straße.

Auch in Erle, bei Radbod usw. hätten die Schlächter der Polizei nicht zu sein brauchen. Es hat viele Verwundete gegeben, an anderen Stellen sind auch schon Streikende erschossen worden, in Herne zwei und in Wuer einer.

Verwandete in Mäßen und Lote! Das sind die Bergleute gewohnt, früher vor dem Streik trah der Bergbau massenhaft die Opfer, jetzt sorgen andere dafür, daß das Blutfließen nicht zum Stillstand kommt.

Revierkonferenz in Herne am 10. März.

Unser Verbandsvorsitzender, Kamerad Gasse, eröffnete die Revierkonferenz um 9 1/2 Uhr und führte u. a. aus:

„Unsere Lohnbewegung dauert seit Dezember 1912. Damals haben wir schon unsere Forderungen formuliert und eingereicht. Darunter war uns an die einzelnen Bezirke. Unsere Grubenausschüsse suchten

Verhandlungen anzubahnen, jedoch lehnten die Besen Verhandlungen ab. Dann wurde die Bewegung auf eine günstigere Zeit verlegt. Auch damals schon weigerten sich die Christen, mitzumachen. Am 31. Januar wurde der christliche Gewerkeverein zu einer eventuellen Verhandlung eingeladen. Der Gewerkeverein antwortete nicht. Dann wurde der Gewerkeverein zum 3. Februar eingeladen, er teilte jedoch mit, daß er sich noch nicht entscheiden habe; darum mußte die Konferenz auf den 5. Februar verlegt werden. Hier teilte dann der Gewerkeverein mit, daß er die Zeit zu einer Lohnbewegung nicht günstig erachte und nicht mitmachen werde. Als Grund wurde der englische Bergarbeiterstreik angegeben. Wenn jetzt gestreikt werde, dann arbeite man nur den englischen Unternehmen in die Hände, die immer mehr den deutschen Kohlenmarkt an sich reißen. Sachse bezeichnete diese Behauptung der Christenführer als blauen Dunst. Er wies auf Grund von amtlichen Zahlen nach, daß die deutsche Ausfuhr von Kohlen aus schließlich ganz erheblich in der Zunahme begriffen ist und daß im Gegenteil die englische Ausfuhr nach Deutschland ganz erheblich im Schwund sei.

Dann hoben die Christenführer — und auch Wiesberts im Reichstag — behauptet, der Verband wolle den Streik, um den christlichen Gewerkeverein kaputt zu machen. Schon 1906 sei der Streik in Ruhrrevier inszeniert worden, um den Christen das schmerzliche Gedenken anzuleben. Der Verband habe solche Gedanken nie gehabt. Nach dem Streik von 1906 habe man gerade mit Häufigkeit einen argen Streikbewegungen ausgesprochen, der gerade eine solche Taktik empfohlen habe. Über jetzt könne er, Meiner, versichern, daß auch Häufigkeit anders über die damaligen Dinge denke.

Dann wurde von den Christenführern behauptet, die allgemeine Situation sei für einen Streik ungünstig. Die Zeit könne aber gar nicht günstiger sein. Aus den Situationsberichten der Besen in Sachsen und Oberhessen geht hervor, daß die Kohlenvorräte fast angegriffen werden müßten. Nehmlich sei es auch im Ruhrgebiet, wenn auch hier die Kohlenvorräte größere wären.

Sachse betont dann die Notwendigkeit einer Lohnherhöhung. Er habe im Reichstag schon gesagt, daß die Bergarbeiter bei ihrem gewöhnlichen Verdienst mindestens denselben Lohn beanspruchen können, wie die Bauarbeiter in den Großstädten. Das habe er auch heute noch aufrecht. Während wir in anderen Verufen konstatieren können, daß dort seit 1907 die Löhne mehr oder weniger gestiegen sind, müßten wir sehen, wie die Bergarbeiter immer noch nicht mal den Lohn von 1907 verdienen. Die Lohnlücke macht bei einem Bauer im Durchschnitt immer noch 3/4 Pf. pro Schicht. Die Forderungen, die wir aufgestellt haben, müssen also als berechtigt anerkannt werden. Nicht nur die Zentrumspresse mußte zugeben, daß die Forderungen berechtigt sind, auch die Herren Wiesberts und Behrens stellten sich in der Konferenz mit dem Minister auf den Standpunkt, daß alle zehn Forderungen, die von dem Dreibund aufgestellt wurden, vollumfänglich seien. Also auch diese Herren müßten zugeben, daß das, was wir fordern, das mindeste ist, was gefordert werden konnte. Und trotzdem mögen die Leute es, bei der gegenwärtigen Situation den Streikbruch zu praktizieren.“

Gahe gelbe Gewerkschaften, anders sind sie nicht. Den Streikbruch praktizieren und offen um Vorkauf rufen, schlimmer haben es auch die Gelben noch nicht getrieben. In der Konferenz in Berlin erklärte Behrens, daß die Forderungen der Besen voll und ganz berechtigt seien, aber dennoch machten die Christen nicht mit, und mag es um Kopf und Stragen gehen, wie Wiesberts sagte.

Rekt hat auch der Verband keine Befehle, nach der Berliner Konferenz zu Schweigen, nachdem von jener Seite in die Zentrumspresse falsche irreführende Behauptungen lanciert worden sind. Kamerad Gue wird darüber noch näheres berichten.

Über die Lohnhöhe gehen ganz ungeheuerliche Gerüchte in die Presse über. So hat ein Blatt berichtet, daß auf den sächsischen Gruben die Hauertlöhne jetzt schon 6,50 Mk. betragen und noch steigen würden. (Allgemeines Gelächter.) Der Arbeiterausschuß hat uns berichtet, daß die Löhne viel niedriger sind wie behauptet wird. Der Bergbauhauptmann von Belsen in Berlin meinte, wie soll man denn das machen, um 15 Prozent den Lohn erhöhen, das geht ja gar nicht. So rückständig sind diese Leute. Wenn man meinte, die achtjährige Lohnzahlung sei unmöglich. Es wurde ihm nachgewiesen, daß in manchen Bezirken schon seit langer Zeit achtjährige Lohnzahlungen existieren. Der Einführung der achtjährigen Schicht stände zwar nichts entgegen, aber ohne Verhandlung mit den Grubenbesitzern gehe das nicht.

Sachse gibt nun einige Beispiele von Verhandlungen der Besenverbänden mit den Ausschüssen. Auf einer Seche wurde der Ausschuss aus der Grube herausgerufen, um zu verhandeln. Als die Leute über Lage kamen, war der Wind schon umgeschlagen, man schickte den Ausschuss fort. Auf einer Seche wurde nur ein Mann gerufen. Der Betriebsführer erklärte, eine Lohnzulage von 10 Prozent müßte doch nichts, ihr streikt doch. Also bewilligen wir nichts. Wenn ihr streikt, dann kommt ihr nach vier Wochen schon wieder. Auf anderen Sechen ist kurz und bündig erklärt worden, sie bewilligten nichts. Andere suchten sich damit zu entschuldigen, daß sie nichts verdienen. Sachse weist aber an der Hand von Zahlen die reifenhaftesten Gebirge der Grubenbesitzer nach, wenn auch nicht bestritten werden soll, daß einige wenige Sechen, die im Ausbau begriffen sind, einige Rububen zahlen. Solche Sechen wird es aber immer geben. Das sind Sechen, die gerade demnächst glänzend fördern und hohe Gewinne abwerfen werden.

Auf den Sechen wurden die Streikbruch-Flugblätter der Christen unter polizeilichem Schutz verbreitet. Unsere Handzettel, die zu den Versammlungen einluden, wurden von der Polizei konfisziert. Zur Haltung der Christen ist nur zu sagen, was die „Christliche Bauergewerkschaft“ sagt: „Der Streikbrecher ist gleich zu achten dem Vaterlandsverräter.“

Die drei verbündeten Organisationen haben die Situation betrachtet und sind zu dem Erkenntnis gekommen, daß sie für einen Kampf niemals so günstig war wie jetzt. Die Berechtigung der Forderungen ist einseitig anerkannt. Also haben sich die Vorstände der drei Organisationen dafür entschieden, daß der Streik zu beginnen ist. Jetzt hat die Konferenz das Wort. Jetzt mögen sich die Delegierten erklären, wie sie sich zu dem Beschluß der Vorstände stellen.“ (Stürmisches Wechselt)

Man hat sich, Vorsitzender der Polnischen Berufsvereinerung (Abteilung Bergarbeiter), führte in längerer Rede in polnischer Sprache aus, daß alle Mittel, den Frieden zu wahren, erschöpft seien. Er bezeichnete das Verhalten des christlichen Gewerkevereins als eine Schande für die deutschen Bergarbeiter. Die christlichen Führer treiben schamlose Verleumdungen. Kein Kamerad, niemand hatte bisher geglaubt können, daß eine auf christlicher Grundlage beruhende Organisation nach Polizei und Gendarmen hätte rufen können. Die Gewerkevereinerung haben das fertig gebracht. (Pauze bei den Polen.) Die polnischen Kameraden wollen kämpfen und nicht mehr zurück. Gute Versammlungen konnten nur heraufgeführt werden mit dem Versprechen, daß der polnische Vorstand heute nicht bremsen wolle. Es sind alle gültigen Mittel erschöpft. Weshalb einen Streik in Ehren herbeiführen, als sich so zu profilieren, wie der Gewerkeverein. Der Gewerkeverein hält nicht nur mit den Unternehmern, sondern auch mit der Regierung. Das erzie, was diese den Bergarbeitern gibt, sind Gendarmen! Wir können die Plamage nicht auf uns nehmen, daß wir aus Feigheit und Angst zurückweichen. (Weifall.)

Schmidt, Vorsitzender des Gewerkevereins der Bergarbeiter Strich-Dunder, führt aus, daß er nach den Ausführungen Sachses nicht mehr viel zu sagen habe. Die Frage, die wir heute zu entscheiden haben, ist eine sehr ernste. Die Entscheidung sei durch das Verhalten des Gewerkevereins sehr erschwert. Die Kameraden möchten sich nun darüber aussprechen, wie die Stimmung in den Reihen der Bergarbeiter sei.

Ueber die bekannte Konferenz mit dem Staatssekretär Dr. Delbrück, am 7. März in Berlin, an welcher teilnahmen: Sachse, Gue, Sosinski, Wiesberts und Behrens, machte Gue folgende Ausführungen:

„Als wir auf Einladung beim Minister erschienen, wurde von vornherein abgelehnt, daß es sich nicht um eine Aktion zur Vermittlung in dem bevorstehenden Kampfe handelte, sondern um eine Information. Damit fallen alle Schlussfolgerungen, die an die Konferenz geknüpft worden sind, hinweg, soweit sie darauf hinauslaufen, daß eine Vermittlung in Frage komme. Die Regierung wollte sich bei den Vertretern der Bergarbeiter informieren und hat sich vorbehalten, wie sie die empfangenen Informationen ausnutzen wird. Wir haben eine etwa zweiseitigshaltige Ansprache gehabt. Während dieser ganzen Zeit ist weder von Wiesberts noch von Behrens irgendeine Einwendung gegen unsere Forderungen gemacht worden. Sie erklärten sogar ausdrücklich, daß gegen diese Forderungen nichts einzuwenden wäre; es seien die Forderungen der gesamten Bergarbeitergesellschaft und es würde sich bloß fragen, ob diese oder jene Forderung nicht etwas anders formuliert werden könnte. Darüber ließe

sich ja reden. Das muß notwendigerweise festgestellt werden, da man ja behaupten wird, unsere Forderungen seien nicht berechtigt. In der Konferenz um der Witsch nach einer dreitägigen Verhandlung abgelehnt zum Ausdruck, während der Regierung und seitens der Arbeitervertreter. Wir haben erklärt, wenn die Ansprache vielleicht auf über vierzehn Tage früher gewesen wäre, so würde wahrscheinlich eine Vereinbarung eingetretten sein und es wäre auf einer Basis zum Frieden gekommen, die auch wir akzeptieren könnten. Wir wären auch heute noch bereit — zu jeder Tages- und Nachtzeit — mit Verhandlungen zu beginnen, sofern es gewünscht würde.“

Nun zu den Arbeiterausschüssen. Es wurde regierungsfällig auf die Ausschüsse verwiesen, und zwar mit Rücksicht auf die Antworten der Besen. Es entspann sich darüber eine sehr lebhaft Diskussion. Wir erklärten, daß wir die Arbeiterausschüsse bereits zweimal beauftragt hätten, Lohnverhandlungen zu führen. 1908 geschah dies gemeinsam von allen vier Bezirken, 1910 von den drei verbündeten Organisationen. Das Resultat war ein recht negatives, war bezahl, daß wir es nicht mehr wagen können, den Arbeiterausschüssen zu empfehlen, um Sitzungen nachzugehen. Das haben wir dem Minister erklären müssen und wir haben hinzugefügt, daß es nicht unsere Schuld sei, wenn die Dinge so läuen. Dann wurde auch gesprochen über die rechtliche Stellung der Ausschüsse, die ja sehr zweifelhaft ist. Im preussischen Landtag ist es ohne weiteres abgelehnt worden, daß die Arbeiterausschüsse als gesetzliche Vertreter in Lohnfragen gelten sollten. Der Minister hat sich zwar auf den Standpunkt gestellt, daß die Arbeiterausschüsse in Lohnfragen zuständig seien; aber wir wissen, daß die Besenbesitzer zum großen Teil anderer Meinung sind, und daß sie unter „Verhandlungen“ nichts weiter verstehen, als daß sie den Ausschüssen erklären: das und das habt ihr verdient, und das werden wir euch später verdienen lassen. Von verbindlichen Aussagen ist in seiner Sitzung die Rede gewesen. Dann kam der Vorschlag, die Arbeiterausschüsse seitens der Besen einladen zu lassen. Auf die Frage, ob in diesem Falle die Organisationsstellungen sich gegen Verhandlungen aussprechen würden, haben wir erklärt, daran würden wir gar nicht. Wir selbst vielmehr gern bereit, den Arbeiterausschüssen zu empfehlen, die Einladung anzunehmen und sich über die Meinung der Besenverwaltung zu orientieren. Wir haben aber weiter gesagt: Sollten den Arbeiterausschüssen in diesen Sitzungen bestimmte Zusagen über Lohnherhöhungen gemacht werden — und zwar Zusagen, die Hand und Fuß haben —, so hätten wir den Frieden aufrecht zu erhalten. Freilich hätten wir nicht das Recht, hier bindende Entscheidungen abzugeben; die Entscheidung liegt vielmehr bei der Revierkonferenz. Wir würden, wenn die Einladung erginge, der Revierkonferenz empfehlen, die Ausschüsse aufzufordern, der Einladung zu folgen, und wir glauben, daß die Revierkonferenz diesen Vorschlag annehmen werde. Aber auf die weitere Frage, wie weit uns die Sache bänden, haben wir erklärt: Sollte überhaupt in Bezug auf die Arbeiterausschüsse etwas getan werden, um den Ausbruch des Kampfes zu verhindern, dann müßten die Ausschüsse am Freitag, spätestens am Sonnabend allgemein eingeladen werden, damit der heftigste Konflikt das Ergebnis vorgelegt werden könnte. Das war also schon eine Bedingung, die erfüllt werden mußte. Heute wissen wir, daß die Einladungen zum Teil auf nächsten Donnerstag oder Freitag lauten. Von Verhandlungen, die gehen oder vorgelegt staltgefunden haben, ist so gut wie gar nichts bekannt geworden. Wenn also in der Erklärung, die die Regierung durch das offizielle Reichsamt Bureau verbreiten läßt, gesagt wird, wir hätten den Weg der Verhandlung durch die Arbeiterausschüsse nicht beschritten wollen, aber wenn damit gesagt werden soll, daß wir es angeseht hätten, in dieser Richtung Friedensversuche zu machen, und wenn man uns auf diese Weise ins Unrecht setzen will, so ist das Wolfsche Bureau falsch berichtet. Es wäre unbedenklich, daß wir uns bereit erklärt haben, den Arbeiterausschüssen die Verhandlungen zu empfehlen, sofern sie eingeladen würden.

Von großer Wichtigkeit ist aber folgendes: In der Konferenz nahm auch teil der Chef der montanistischen Abteilung im preussischen Handelsministerium, Oberbergbauhauptmann v. Belsen; auch der Chef der sächsischen Gruben. In uns die Gelegenheit zu günstig; man hätte sich sofort Erklärungen darüber geben lassen können, wie sich die sächsischen Grubenverwaltungen zu den Lohnherhöhungen stellen. Wir haben direkt gefragt: Welche Lohnherhöhungen können Sie den Arbeiterausschüssen auf den Ihnen unterstellten Besen bestimmen in Aussicht stellen? Darauf ist uns erklärt worden: Ich kann nichts Bestimmtes sagen! Daraus geht hervor, daß selbst die Verwaltung der sächsischen Gruben den Weg der Verhandlung mit den Arbeiterausschüssen nicht benutzen würde, um bestimmte Lohnzusagen zu machen. Damit fallen alle Kombinationen zusammen, die uns ins Unrecht setzen wollen. Herr Behrens frag Herrn v. Belsen, wie er sich dazu stelle, daß die Lohnregulierung eine einheitlich bestimmte sein müsse, und welchen Standpunkt er zum Tarifvertrage einnehme. Auf diese Frage gab Herr v. Belsen keine Antwort! Herr Sosinski legte eingehend die Lohnverhältnisse in Oberhessen dar und stellte fest, wie dort die Löhne durchwegs unzureichend seien. Er fragte den Oberbergbauhauptmann als Chef der bedeutenden sächsischen Gruben in Oberhessen, wie er sich dazu stelle, und ob die Regierung ihren starken Einfluß geltend machen wolle zugunsten einer Lohnherhöhung. Auch auf diese Frage gab der Regierungsdirektor keine Antwort! Als Sosinski seine Frage wiederholte, erklärte Minister Delbrück, er könne sich in die Einzelheiten der oberhessischen Bewegung nicht hineinmischen, es käme ihm zunächst darauf an, sich über die Dinge im Ruhrrevier zu informieren. Aber auch Herr v. Belsen hat die nachmalige Frage Sosinski nicht beantwortet, sondern nur erklärt, er sei über die Verhältnisse nicht genügend informiert, um Auskunft geben zu können.

Es wurde dann am Schluß der Konferenz beschloffen, folgenden Bericht in die Zeitungen zu bringen. Ich muß nun mitteilen, weshalb das geschah, da über die Konferenz verschiedene Zeitungsartikel veröffentlicht worden sind, aus denen jedermann mit einiger Phantasie herauslesen kann, als ob wir uns dort zu etwas verpflichtet hätten, oder als ob wir uns hätten einlassen lassen. Um unserer Ehre willen und um Interesse der Aufklärung der Öffentlichkeit müssen wir sagen, warum nichts veröffentlicht werden sollte. Der Grund war folgender: Als wir am Schluß der Verhandlungen waren und ein Bericht angefertigt war, wurde eingewandt, ob es nicht besser wäre, mit Rücksicht auf die etwa einzuleitende Vermittlungsaktion nichts von der Konferenz in die Zeitung zu bringen, damit nicht auf der einen Seite unbedeutende Hoffnungen erweckt und auf der anderen Seite die bekannten Empfindlichkeiten aufgestachelt würden. Mit Rücksicht auf die bekannte Haltung der Werksbesitzer, die ja im Jahre 1908 und schon früher jede Einmischung der Regierung zurückgewiesen haben, mit Rücksicht auf diese bekannte Charaktereigenschaft unserer Werksbesitzer ist von der Veröffentlichung des schon formulierten Berichtes Abstand genommen, um nicht Erörterungen in der Öffentlichkeit nachzuziehen, die einer Vermittlungsaktion nur hinderlich sein könnten. Es wurde ausdrücklich betont: wird ein solcher Bericht veröffentlicht, dann kann das dem angebotenen Frieden wahrscheinlich nicht förderlich sein. Wie also den Bericht im „Völkischer Lokalanzeiger“ und gleichzeitig in der Zentrumspresse veröffentlicht hat, der muß wissen, daß er dadurch der Vermittlungsaktion ganz bedeutende Schwierigkeiten bereitet hat. Das muß um so mehr festgestellt werden, als ein Vertreter der Regierung uns in aller Form erklärt hat, daß die Regierung der Veröffentlichung in der Presse fernstehe. Es bleibt also nur ein übrig: daß ein Teilnehmer der Konferenz, der nicht bei uns und auch nicht bei den Polen zu suchen ist, die Veröffentlichung veranlaßt hat. Nach Lage der Sache kann man nur sagen: Die Veröffentlichung dieses Berichtes liegt in derselben Richtung, wie die letztjährige Aktion des Vorstandes des christlichen Gewerkevereins, die ja nichts anderes bezwecken soll, als Verwirrung und Erbitterung in die Kameradschaft hineinzutragen. Und dazu möchte ich zum Schluß sagen: Kameraden! Wie Sie auch heute beschließen mögen — denken Sie daran: gelingt es unseren Feinden, unsere Bewegung mit Kravallen und Unruhen zu beenden, dann ist das der schwerste Schaden für die Arbeiterchaft. (Sehr richtig!) Wir müssen uns auf den Standpunkt stellen, der in dem Wort abgefaßt: Unsere Geschicklichkeit tötet unsere Feinde. Entsetzen wir uns keinen Schritt vom Boden des Geistes. Wir wollen den Besen, die uns in die tiefste Seelgrube zu treiben versuchen, zeigen, daß wir gerade jetzt alle Kräfte ansammeln, um die Bewegung mit Ruhe und Geschlossenheit durchzuführen, damit die Welt sagen muß: Die Bergleute haben gelernt, einen Kampf würdig durchzuführen. Wenn wir uns auf den Boden des Geistes stellen, dann ringen wir diejenigen nieder, die uns schädigen wollen.“ (Weifhafter Weifall.)

Sosinski, Vorsitzender der Polnischen Berufsvereinerung, machte dann längere Ausführungen in polnischer Sprache, die sich mit denen von Manfrotti decken.

Dann beginnt die Diskussion. Ein Verbandskammerad aus Freisenbruch führte u. a. aus: Ich glaube nicht, daß die Kameraden sich noch zurückhalten lassen. Die sind unsere Ausschüsse an der Nase herumgeführt worden von den Besenherren! Das lassen wir uns nicht noch mal bluten. Erst zu

Kündigen, ist nicht zu empfehlen. Um es kurz zu machen: es ist wohl das Beste, wir treten morgen einmütlich in den Streik.

Ein H. D. Kamerad aus Hamm führte aus: Die Streikstimmung ist durch das christliche Flugblatt beeinträchtigt. Man kann die Haltung des Gewerkschaftsrates nicht begreifen. Führen wir die Entscheidung mit ruhigem Verstande. Geht der Kampf verloren, dann leidet die Organisation. (Hört! hört!) Würden die Christlichen mitmachen, dann wäre die Sache anders. Treffen wir die Entscheidung so, daß wir sie mit unserem Gewissen vereinbaren können.

Ein Verbandskamerad aus Scharnhorst führte u. a. aus: Ich habe den streikenden Streik verurteilt. Man hat da unverantwortlichen Rat gegeben. Allerdings ist von den 50 christlichen Arbeitern auf jede Scharnhorst kein einziger in Arbeit. (Bravo!) Alle streikten, sogar der christliche Bezirksleiter (Wolfgang Heierhoff). Ich bitte die Kameraden, einmütig für den Streik zu stimmen. (Bravo!) Wenn überall gestreikt wird, dann ist der Sieg unser. (Beifall der Versammlung.)

Ein politischer Kamerad aus Witten erklärte: Als die Christen auf ihre Pflichten hinwirken, werden sie von den Kameraden getroffen und weggeworfen. Die Stimmung ist für sofortigen Streik.

Ein Verbandskamerad aus Gding führte aus: Wir sehen aus den Antworten, daß wir von den Arbeiterausschüssen nichts zu erhoffen haben. Man will uns nur hindern. An Stelle der Lohnzulage möchte man uns Brotkrumen anbieten. Wehren Sie Ruhe und Besonnenheit, aber beschließen Sie einmütig den Streik.

Ein Verbandskamerad aus Brilon führte aus: Wir dürfen jetzt nicht zurückweichen. Die Stimmung ist deshalb etwas zurückgegangen, weil die Kameraden die ewigen Versammlungen leid sind und nun ein erstes Vorgehen wünschen. Die Gewerkschaften haben zur Streikempfehlung des Gewerkschaftsrates kein Vertrauen, sonst machten sie nicht solche Aufregungen. Man hat die Arbeiterausschüsse wohl nur deshalb auf den nächsten Donnerstag einberufen, weil sie, falls morgen der Streik ausbricht, dann entlassen sind und gar nicht mehr verhandlungsberechtigt erscheinen. Angesichts des politischen Schutzes wird in den Christlichen wohl die Scham erwachen. Lassen wir uns nicht zu Ausschreitungen hinreißen.

Ein politischer Kamerad aus Vottrup meint, man solle nicht so eilig vorgehen. (Starker Widerspruch bei den Polen.)

Ein Verbandskamerad aus Annen führte aus: Mit den Ausschüssen will man uns nur hindern. Auf der Seite, wo ich arbeite, war vor einiger Zeit der Arbeiterausschuss wegen Lohnherabsetzung vorzeitig geworden. Der Arbeiterausschuss wurde einfach abgewiesen mit der Begründung, daß er in Lohnfragen nicht zuständig sei. Wenn die Arbeiter mit den Arbeiterausschüssen verhandeln wollen, dann sollen sie dies einsehen. In Hombruch hätten eine ganze Anzahl christlicher Kameraden erklärt, daß sie das Schandmal des Streikbruchs nicht an der Seite tragen wollen und bei einem eventuellen Kampf mitstreifen werden. Hier fand in den letzten Tagen eine Gemeindevorstandssitzung statt. Der erste Punkt der Tagesordnung lautete: Schaffung einer Gewerkschaft. Der Antrag ist auch angenommen worden. Von einem Gemeindevorstand wurde angefragt worden, wer denn die Mitglieder für die vielen Gewerkschaften und Verbände, die ins Auge gefaßt wurden, teure. Die Antwort habe gelautet, daß der sie tragen müsse, der sie bestellt habe. Wedner spricht sich für den Streik aus, da ein anderes Mittel nicht übrig bleibe.

Ein Kamerad vom Hirsch-Dunderschen Verband aus Scherlebed erklärt: Ungeheuren Widerstand hat man bei uns die Löhne erhöht, die allen verarbeiteten Leuten sind von der Lohnherabsetzung ausgeschlossen. Im christlichen Gewerkschaftsrat herrscht keine Einheit. Ein großer Teil der Gewerkschaftler wird ehrlich mit uns streiken. Alle der Beschäftigten auch, lernen wir von den englischen Bergarbeitern, lernen wir von der englischen Disziplin und Selbstdisziplin.

Ein Verbandskamerad aus Annen erklärt: Wir dürfen nicht zurückweichen. Wir haben nichts zu verlieren, sondern können nur gewinnen.

Ein Verbandskamerad aus Schmidthof führt aus: Wenn die Christen gekniffen wären, könnten sie nicht anders handeln, als sie es tun. Auf jede Neumützigkeit hat die Bekehrungsverwaltung es abgelehnt, in Lohnfragen mit dem Ausschuss zu verhandeln.

Ein Verbandskamerad aus Wanne erklärt: Es ist uns allen bekannt, welchem schweren Kampf wir entgegengehen und welche schwere Verantwortung wir auf uns nehmen. Es wäre besser gewesen, wenn die Kameraden von Kaiserstuhl nicht vorzeitig losgeschlagen hätten. Viele Christen, die Wedner kennt, werden geschlossen mit den anderen Kameraden in den Streik treten. Der Polizei gehen wir aus dem Wege und bewahren wir die Ruhe.

Ein Kamerad vom Hirsch-Dunderschen Verband aus Wanne erklärt: Eine eigentliche Lohnherabsetzung ist nicht eingetreten, was sie den Schichtführern gegeben haben, sind nur Reklamagroschen. Die Lage der Bergarbeiterfamilien ist überaus traurig. Wer es wohl meint mit der Gewerkschaft, der stimme für den Streik.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß noch 28 Wortmeldungen vorliegen. Mehrere Anträge auf Schluß der Debatte werden abgelehnt. Dagegen wird ein Antrag, noch von sechs Rednern der drei beteiligten Verbände Gründe gegen den Streik zu hören, angenommen.

Die sechs Redner sprechen nicht grundsätzlich gegen den Streik; sie verweisen aber auf die großen Schwierigkeiten, die in der an sich günstigen Zeit der Bewegung durch die Verhältnisse der christlichen Führer erwachsen sind. Sie beiden politischen Redner äußern mit Nachdruck, wenn die deutschen Verbände einig wären, dann wäre der Erfolg von vornherein gesichert.

Es folgte dann die Abstimmung durch Stimmgabel. Mit 507 gegen 74 Stimmen wurde der Streik beschlossen. Die angenommene Resolution haben wir schon in der vorigen Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ an erster Stelle veröffentlicht. Die Bekanntgabe des Beschlusses wurde mit tüchtigem Beifall entgegengenommen. Zum Schluß gaben Seidse und Hagemann noch eine Reihe Verhaftungsmaßnahmen für den Streik bekannt.

Zur Lohnbewegung im Aachener Bezirk.

Am Sonntag, den 10. März, hatte der Bergarbeiterverband im Aachener Bezirk vier Bergarbeiterversammlungen einberufen, um zu der Lohnfrage und dem Verhalten des Zentrumsgewerkschaftsrates Stellung zu nehmen. Die Versammlungen fanden statt in Eschweiler, Höngen, Würjelen und Kölscheid. Mit Ausnahme der Versammlung in Würjelen, wo nicht genügend Propaganda gemacht worden war, waren die Versammlungen überfüllt, kein Lokal war groß genug, die Einladungsbesprechungen zu fassen. In Eschweiler und Höngen waren gegen 600 Bergarbeiter in der Versammlung. Der Bergarbeiterverband machte 102 Reclamierungen, dabei 6 Uebertritte vom Zentrumsgewerkschaftsrat. In Eschweiler, Würjelen und Kölscheid wurde die Resolution des Bergarbeiterverbandes einstimmig angenommen. Auch die Mitglieder des Zentrumsgewerkschaftsrates stimmten für die Verbandsresolution. In Höngen waren etwa 50 Mitglieder des Zentrumsgewerkschaftsrates anwesend. Von diesen verhielten sich zwei die Haltung des Gewerkschaftsrates zu verteidigen. Diefelben machten aber Mißstände. Bei der Abstimmung stimmten nur sechs Mitglieder des Zentrumsgewerkschaftsrates gegen die Verbandsresolution, die übrigen 44 stimmten dafür. In allen Versammlungen wurde das Verhalten des Zentrumsgewerkschaftsrates scharf verurteilt.

Die Versammlungen beauftragten die Bezirksleitungen des Bergarbeiterverbandes, an die im Aachener Bezirk in Betracht kommenden Bekehrungsverwaltungen folgende Resolution einzuliefern:

- 1. Die Versammlung erwartet von den Bekehrungsverwaltungen:
 - Eine Aufbesserung des Arbeitslohnes entsprechend den Teuerungszu- und abnahmen um 15 Prozent und einen Ausgleich der großen Lohnunterschiede.
 - Einschränkung der Ueberstunden auf die aller-nötigste Reparaturarbeit, die die Aufrechterhaltung des Betriebes erfordert. Für Sonntagsarbeit einen Zuschlag von 50 Prozent. Herabsetzung der Schichtzeit auf acht Stunden, vor nassen und heißen Orten auf sechs Stunden.
 - Reformierung des Straf-wesens. Strafen, die über 1 Mark pro Monat und Arbeiter hinausgehen, bedürfen der Zustimmung des Arbeiterausschusses.
 - Wöchentlich oder mindestens monatlich dreimal Lohnzahlung.

In bezug auf das Anspickgeschäft erwartet die Versammlung von den Anspickgeschäften: Aufbesserung der Leistungen der Anspickgeschäfte, insbesondere die Erhöhung des Krankengeldes und der Subsidienpension.

Streik am Deister.

Am Deister (Provinz Hannover) sind etwa 2000 Bergarbeiter in den Streik getreten, weil ihre Forderungen abgelehnt wurden.

Streik im Königreich Sachsen.

Am Lugau-Deister und Zwickauer Bergrevier sind die Bergarbeiter in den Streik getreten, weil ihre Forderungen von den Grubenherren abgelehnt wurden. Im Lugau-Deister Revier streikten über zwei Drittel, im Zwickauer Revier über vier Fünftel der ganzen Belegschaft.

Lohnbewegung in Oberschlesien.

Die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen in Oberschlesien haben sich mit der ablehnenden Antwort des ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins nicht zufriedengegeben und haben am 6. März folgende Eingabe an die einzelnen Bekehrungsverwaltungen gerichtet:

Die unterzeichneten Vertreter der ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännischen Organisationen gestatteten sich unterm 20. Februar d. J. beim ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein, als die berufliche Organisation für die Interessenvertretung der ober-schlesischen Montanindustrie die höfliche und beschwärende Forderung zu stellen, die dem genannten Verein angeschlossenen Grubenverwaltungen zu erlassen, für sämtliche Bergarbeiter-kategorien eine Lohnherabsetzung von 15 Prozent einzutreten zu lassen. Auf unsere Eingabe erhielten wir folgenden Bescheid:

„Auf das gest. Schreiben vom 20. d. M. erwidern wir ergebenst, daß wir nicht in der Lage sind, mit Ihnen in eine Erörterung der von Ihnen angeregten Fragen einzutreten.“

Hochachtungsvoll

Der Vorstand: (gez.) Williger. Die Geschäftsleitung: (gez.) Knochenhauer.

Zeitungsnotizen zufolge, die wir wohl als offiziös, d. h. aus dem Bureau des ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins betrachten dürfen, soll der ober-schlesische Berg- und Hüttenmännische Verein in der Lohnfrage nicht zuständig sein und hätten wir unsere Eingabe an die „falsche Adresse“ gerichtet. Wir sehen uns deshalb gezwungen, der geehrten Direktion ergebnis die nachstehende Forderung zur gefälligen Prüfung und Berücksichtigung zu unterbreiten:

Erhöhung der Durchschnittslöhne für alle Arbeiter um 15 Prozent, ab 1. April d. J. und Befestigung der großen Lohnunterschiede für gleichartige Arbeiter.

Ihr Begründung dieser Forderung weisen wir darauf hin, daß die Löhne seit 1908 ständig gesunken sind und bis heute die Höhe nicht wieder erreicht haben, während andererseits sämtliche Lebensmittel und Bedarfsartikel ganz erheblich, teilweise sogar um 100 Prozent und mehr, im Preise gestiegen sind. Nach einem Artikel in Nr. 14 der „Schlesischen Zeitung“ vom 27. Februar d. J. — den wir ebenfalls als offiziös ansehen — bewegten sich die Durchschnittslöhne der ober-schlesischen Bergarbeiter:

Jahr	Die jährliche für die eigentlichen Arbeiter	Die jährliche für die eigentlichen Bergarbeiter
1908	3,52 M.	4,04 M.
1909	3,48 "	3,97 "
1910	3,41 "	3,91 "
1911 (1. Vierteljahr)	3,45 "	3,91 "
1911 (2. Vierteljahr)	3,48 "	3,98 "
1911 (3. Vierteljahr)	3,51 "	4,04 "

Durch diese Zahlenzusammenstellung gewinnt die Öffentlichkeit den Eindruck, als sei tatsächlich eine geringe Lohnsteigerung eingetreten, was wir jedoch auf Grund direkter Untersuchungen und Angaben der Arbeiter bestreiten und aus der amtlichen Statistik beweisen. Man hat der Öffentlichkeit verschwiegen, daß 1911 die Arbeitszeit auf den Bergwerken durchweg verlängert wurde, auch die Zahl der verfahrenen Schichten sich erhöht hat und vielfach die tatsächlich verfahrenen Schichten nicht ganz angedeutet worden sind, wodurch die scheinbar geringfügige Lohnherabsetzung erzielt wurde. Wie die offizielle Zeitschrift des ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, (Februarheft 1912) angibt, waren Bergarbeiter beschäftigt im Jahre 1910 zusammen 117.977, im Jahre 1911 zusammen 117.791 Arbeiter. Verfahren wurden im Jahre 1910: 33.602.233, im Jahre 1911: 34.212.120 Schichten.

Trotzdem die Gesamtbelegschaft im Jahresmittel 1911 um 186 Arbeiter zurückgegangen ist, stieg die Zahl der Gesamt-schichten um 610.191. Aus dieser enormen Steigerung der Gesamt-schichten dürfen wir mit Recht schließen, daß nicht eine Steigerung der Löhne eingetreten ist, was auch aus der Gegen-überstellung der Vierteljahreslöhne deutlich hervorgeht. Die Vierteljahreslöhne betragen:

1. Vierteljahr 1907	254 M.
1. " " 1908	250 "
1. " " 1909	246 "
1. " " 1910	245 "
1. " " 1911	241 "
2. " " 1911	235 "

Erst im 3. Vierteljahr 1911 weist der Lohn eine Steigerung auf und betrug 260 M., wobei aber berücksichtigt werden muß, daß in diesem Vierteljahr auch eine Steigerung der Schichten um sechs pro Arbeiter erfolgt ist, womit die Lohnsteigerung reichlich kompensiert wird. Entsprechend der Vermehrung der Gesamt-schichten ist auch die Gesamt-förderung gestiegen und zwar von 34.446.009 To. 1910 auf 36.622.969 To. 1911. Daraus ergibt sich, daß die Arbeiter ihre Pflicht getan haben und keine Schuld an der angeblichen schlechten Lage der ober-schlesischen Montanindustrie tragen.

Unerwartet stiegen die Preise der notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel allgemein und seien hier einige Beispiele angeführt. So kosteten die Kartoffeln 1908 pro Zentner 2 M., dieses Jahr 5—5,50 M. Ein Kilogramm Kartoffeln kostete in Ratibonow Januar 1911 nur 8 Pf., Dezember 10 Pf. Roggen- und Weizenmehl stieg durchschnittlich um 4 M. pro Zentner. Das Fleisch pro Pfund von 50—60 Pf. im Jahre 1908 auf 90 bis 100 Pf. 1911. Eier, die Mandel von 90—100 Pf. auf 120 bis 150 Pf. Das Pfund Butter von 1,20 auf 1,60 M., Milch von 14—16 Pf. auf 20—22 Pf. pro Liter. Es soll nicht verkannt werden, daß die Bekehrungsverwaltungen ihren Bergarbeitern in dankenswerter Weise dadurch entgegengekommen sind, daß sie die Lieferung von Kartoffeln zu verhältnismäßig billigeren Preisen, als sie anderwärts verkauft werden, übernommen haben. Aber trotz alledem ist es Tatsache, daß viele Bergarbeiter außer-dem noch Kartoffeln zu den hohen Preisen bezogen haben, bezw. beziehen mußten. Das Gemüse ist allgemein in derart im Preise gestiegen, daß es für die Arbeiterfamilie unerschwinglich geworden ist. Die Bekleidung ist im Verhältnis zu 1908 auch um 20 bis 30 Prozent teurer geworden. Dazu kommt noch, daß die Wohn-ungsmieten durchweg gesteigert wurden und zwar in den Privat-häusern um 3—5 M., und in den Werkshäusern vielfach auch bis 3 M. monatlich. Alles in allem bewegt sich die Steigerung aller notwendigsten Aufwendungen zum Haushalt um 20—40 Prozent. Erwägt man noch, daß durch die Wasser- und Kanalisation und andere Gemeindevorrichtungen, auch die Kommunalabgaben im Verhältnis zu denen des Jahres 1908 erheblich gestiegen sind, so ist eine Lohnaufbesserung unbedingt erforderlich, wenn unsere Bergarbeiterbevölkerung nicht einer gefährlichen Unterernährung und damit einer Degeneration ent-

gegen gehen soll, was sicherlich auch nicht im Interesse der Montanindustrie liegt, abgesehen von einer weit verbreiteten und tief gehenden Unzufriedenheit der Bergarbeiter.

Unsere Forderung ist auch umso mehr gerechtfertigt, als ab 1. April d. J. eine Steigerung der Kohlenpreise um 60 Pf. pro Tonne eintritt, wodurch entsprechend dem Abfall von 1911 eine Mehrerinnahme von 16½ bis 17 Millionen Mark erzielt, die unmöglich durch den Mehraufwand an sozialen Kosten absorbiert wird.

Bleibt die geehrte Direktion unsere Eingabe eingehend, wird sie unsere Forderung als berechtigt anerkennen müssen, und sehen wir in das wohlwollende und soziale Verständnis der geehrten Herren das Vertrauen, daß sie nach Lage der Verhältnisse unsere Forderung bewilligen werden und damit dem Frieden und Fortschritt unseres ober-schlesischen Bergbaues einen guten und bleibenden Dienst erweisen.

Um baldgefällige Antwort ersuchend, zeichnet mit vorzüglicher Hochachtung!

Für die Polnische Berufsvereinigung (Abteilung Bergarbeiter): W. S o f i n s k i, Katowiz.

Für den Verband der katholischen Arbeitervereine (Gewerkschaft der Bergarbeiter): J o s e f M u s i o l, Weuthen.

Für den Verband der Bergarbeiter Deutschlands: F r. M i h a n n, Katowiz.

Für den Gewerkschaftsverband der christlichen Bergarbeiter Deutschlands: A. S t o w a l e z y k, Katowiz.

Für den Gewerkschaftsverband der Bergarbeiter (Hirsch-Dunder): F r. S c h m i d t, Oberhausen.

Antwort der ober-schlesischen Grubenherren.

Brompt antworten die ober-schlesischen Grubenmagnaten auf die Eingaben der Bergarbeiterorganisationen, prompter sogar als die Kohlenherren im Ruhrgebiet. Aber ihre Antwort ist die gleiche: ein entschiedenes und bestimmtes Nein! Am 20. Februar ging die erste Eingabe an den Berg- und Hüttenmännischen Verein ab und am 23. erfolgte schon die ablehnende Antwort; am 7. März wurden die zweiten Forderungen an die einzelnen Verwaltungen abgeschickt. Schon am 8. ging die erste Antwort ein, die also lautet:

„Auf Ihre gest. Zuschrift vom 6. d. M. erwidern wir ergebenst, daß wir Sie nicht als Vertreter unserer Belegschaft anerkennen vermögen. Wir sind daher auch nicht in der Lage, mit Ihnen in Verhandlungen über die Höhe unserer Arbeiterlöhne einzutreten zu können. Hochachtungsvoll Madid.“

Auf der Charlottengrube in Oberschlesien ist der Streik ausgebrochen.

Lohnbewegung in Niederschlesien.

In Niederschlesien stehen die Löhne noch bedeutend niedriger wie im Ruhrgebiet. Auch die sonstigen Arbeitsbedingungen lassen viel zu wünschen übrig und die Unzufriedenheit der Bergarbeiter ist daher vollauf berechtigt.

Am 10. März hat eine von über 3000 Bergarbeitern besuchte Versammlung in Gottesberg stattgefunden, welche sich eingehend mit den bedauerlichen Verhältnissen im niederschlesischen Bergbau beschäftigte und einmütig zum Ausdruck brachte, daß es so nicht weiter gehen dürfe.

Am 11. März nahm dann eine von 50 Kameraden besetzte Revier-Konferenz unseres Verbandes und des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts zu diesen Fragen Stellung und beschloß ein-stimmig, folgende Forderungen an die einzelnen Grubenver-waltungen und den Bergbaulichen Verein einzureichen mit dem Ersuchen, den beiden Organisationen bis zum 16. März eine Antwort zu geben:

1. Erhöhung der Durchschnittslöhne für alle Arbeiter um 15 Prozent und Befestigung der großen Lohnunterschiede für gleich-artige Arbeiter.
2. Erhöhung des Abschlages für alle Arbeiter um 150 Mark pro Woche bzw. 25 Pfennige pro Schicht.
3. Achtstündige Schichtzeit inkl. Ein- und Ausfahrt für alle Untertagsarbeiter, bezugnehmend für die in der Förderung und bei Kohlen beschafften Arbeiter über Tage. Verkürzung der Arbeits-zeit für alle übrigen Arbeiter von 12 auf 10 Stunden ohne Ver-längerung des Lohnes. Befestigung der bei verschiedenen Werken in der Kohlerei üblichen Pflichten-Sonntagslöhnen.
4. Heber- und Nebenschichten dürfen nur bei Unfällen, Ver-triebsstörungen oder bei Rettung von Menschenleben und Pferden verfahren werden.
5. In den Werkshäusern ist die sonst übliche monatliche Kündigung einzuführen, auch ist den Mietern volle Bewegungsfreiheit in Bezug auf ihre Organisationszugehörigkeit, Wareneinkauf usw. zu belassen.
6. Aufhebung des noch für Nachbargeden bestehenden Sperr-systems.
7. Einschränkung des Straf-wesens. Strafen von über 1 Mark bedürfen der Zustimmung des Arbeiterausschusses.
8. Errichtung eines verlässlich zusammengesetzten Schieds-gerichts mit einem unparteilichen Vorsitzenden zur Schlichtung von Streitigkeiten.
9. Verbot jeder Art von Maßregelung und Respektierung des gesetzlichen Koalitionsrechts aller auf den Werken beschäftigten Arbeiter.

Streik in Merlenbach auf Saar und Mosel.

Wenn je ein Streik berechtigt war, so ist es der auf der Sinnesgrube in Merlenbach. Trotz der steigenden Lebens-mittelpreise ging der Lohn von Jahr zu Jahr zurück. Während der Durchschnittslohn der Sauer und Schlepper in Rheinland-Westfalen im 4. Vierteljahr 1907: 6,14 M. betrug, war der-selbe im Saargemünder Revier 5,12 M. Natürlich konnte man den so niedrig entlohnenden Kumpeln von 1907 ab nicht so viel abhalten oder das Gedinge nach unten regeln wie im Ruhr-gebiet, wo der Lohn von 6,14 M. im Jahre 1907 auf 5,93 M. im Jahre 1911 fiel. Gätte man den Rethringer Kohlengräbern solch hohen Abzug machen wollen, hätten sie am Lohnstag noch etwas auf die Grube bringen müssen. Doch nach dem Bericht des Bergmeisters von Saargemünd vom Jahre 1910 — der Bericht erscheint immer erst im Monat Juli oder August — betrug der Lohn für Sauer und Schlepper 5,08 M. Seit 1910 wurde das Gedinge immer mehr nach unten reanisiert und das nackte Elend ist es, daß die Bergarbeiter in Merlenbach zum Streik trieb. Auch sonst herrschten mancherlei Klagen; zu be-trägt die Schichtzeit 9½ Stunden mit Ein- und Ausfahrt. Das Benehmen mancher Beamten den Bergarbeitern gegenüber löst alles zu wünschen übrig. Ausdrücke wie „A... lächer“ usw. alten Bergarbeitern gegenüber fallen sehr oft. Doch nicht genug mit Schimpfwörtern, auch Hiebe oder vielmehr Rippenhiebe feht es ab. So am 12. d. M., wo Herr Inspektor Strach den Riesel-meister Engler so gegen einen Stempel schubste, daß er die Streikversammlung mit blauen Augen aufsuchte. Alle Lust weiter anzufahren, war ihm vergangen. Ein alter Kamerad erzählte mit Tränen in den Augen, daß er als Verbaner erst einen Lohn von 4,80 M. pro Schicht verdiente und man ihm dann seinen Lohn auf 4,30 M. reduzierte. Da er als Familien-erhalter von sieben Kindern nicht mit diesem Lohn auskommen konnte, ging er vor die Kohle. Doch wenn er glaubte, als Kohlenbauer für seine Familie besser sorgen zu können, so hatte

er sich gefaßt. Sein Verdienst streifte sich nun auf die „Riesensumme“ von 840 Mk. pro Schicht. Ein anderer Familienvater klagte, daß er wohl 5 Mk. pro Schicht habe, aber mit Frau und neun Kindern kaum wisse, sein Leben bei dieser teuren Zeit zu fristen. So die Klagen der Bergarbeiter, während die Kohlenbarone von Jahr zu Jahr ihre Millionengewinne steigern.

Die Belegschaftsversammlung stellte nun folgende Forderungen:

1. Die Löhne aller Arbeiter sind um 15 Prozent zu erhöhen;
 2. Einführung der Achtstundenschicht mit Ein- und Ausfahrt;
 3. Auszahlung und Abschlag am 25. und 10. jeden Monats.
- Ferner wurde die Direktion ersucht, ihren Einfluß beim Raringer Knappschichtverein geltend zu machen, daß über 14 Tage Krankfeiernde vom ersten Tage ab Krankengeld erhalten sowie auch die Unfallverletzten vom ersten Tage ab. Die gewählte Kommission wurde abgemessen und betont, der Arbeiterratschluß solle vorprechen, mit dem werde in Verhandlung eingetreten. Der Arbeiterratschluß wurde auch sofort hindelegt und kam mit der Nachricht zurück, Herr Direktor Hase müsse erst an die Gesellschaft telephonieren und solle der Ratsschluß am 13. März, nachmittags 4 Uhr, vorprechen, es werde dann in die Verhandlung eingetreten.

Ueber die Verhandlungen berichtet der Arbeiterratschluß in der Belegschaftsversammlung am 13. März. Ein Schriftstück angefertigt von der Direktion, betonte, daß auf die Forderung der Achtstundenschicht nicht eingegangen werden könne, da diese noch auf keiner Seite eingeleitet sei. Eine 10prozentige Lohnerhöhung sei man bereit, im Verlaufe mehrerer (1) Monate einzuführen zu lassen. Lohn- und Abschlagszahlung solle, wenn man genügend Bureaubeamte zur Bewältigung der Mehrarbeit habe, am ersten und dritten Samstag im Monat stattfinden. Bei der unklaren Fassung der Antwort der Direktion, besonders daß die Bergarbeiter mit mehreren Monaten auf die Lohnerhöhung vertröstet wurden, lehnte die Belegschaftsversammlung, die in zwei großen Sälen stattfand und einen Besuch von 3000 Mann aufwies, es anmütig ab, solche „Rutschkäse“ anzunehmen und beschloß einstimmig, im Streik zu verharren.

In den nächsten Tagen werden wohl noch benachbarte Schächte zum Stilllegen kommen, da die dort beschäftigten Kameraden dieselben Wünsche haben und unter derselben Misere leiden wie die Bergarbeiter auf Schacht V. Auch in Klein-Rösseln auf den Wendelschächten sowie auf verschiedenen köstlichen Gruben gährt es bedenklich und weiß man nicht, ob die nächsten Tage nicht noch Ueberfahrungen bringen. Die Mitglieder des T.-Glabbacher Arbeiterratschlußes sagen ihren Führern aus hier Valet und alle Mitglieder treten dem Verbands bei. Die Bergarbeiter erwachen!

Streik im Lothringer Kohlengebiet dehnt sich aus.

Ueber 5000 Bergarbeiter befinden sich nun im Streik, nachdem die Belegschaft der Schächte II und IV der Saar- und Moselgruben (Stinnes) dieselben Forderungen erhebt, wie ihre Kameraden auf Schacht V. Auf allen drei Schächten sind mit den Arbeitstagelohnen 200 Arbeitswillige eingefahren. Die Mitglieder des „christlichen“ Arbeiterratschlußes zwingen unter Drohung des Austritts ihren Sekretär Marius, seine Zustimmung zum Streik zu geben. Trotzdem kann er keine „edlen“ Vorbilder im Ruhrgebiet nicht vergessen und obwohl die christlichen Mitglieder streikten, forderte er einen Wachmeister zum besseren Schutz der Arbeitswilligen auf. Auch die „Saarpost“, ein Zentrumsorgan, wetteifert, Märchen über Terrorismus der Streikenden zu verbreiten. Sie ist der Zentrumspresse im Ruhrgebiet würdig, welches Glend unter der Bergarbeiter-schaft herrscht, zeigt, daß die Frau eines österreichischen Bergmanns als Wochenarbeit einen Strohsack mit Fegen als Decke hatte. So, armer Bergarbeiterfrauen Rosl! Wie es scheint, wird es nicht zu verhindern sein, daß in den nächsten Tagen bei der Erregung der Bergarbeitermassen der Streikfunkten auf die Wendelschen Gruben Klein-Rösseln und die fiskalischen Schächte im Saargebiet übergreift. Die Bergherren mögen sich an die Brust schlagen und ausrufen: „Nostra culpa“ — „Unsere Schuld, unsere einzige Schuld, indem wir die Bergarbeiter verelenden lassen, während Millionenprofite in unsere Taschen fließen.“ Nicht „Landgraf, werde hart“, wie Graf Bieten-Schwerin, rufen wir der Regierung zu, sondern sie möge ein weiches Herz für die Bergarbeiter und ihren Kampf haben, wenn nicht die Arbeiterseele ganz für sie verloren gehen soll. Das Recht ist auf Seiten der Bergarbeiter-schaft und wo das Recht ist, wird auch der Sieg sein.

Der Generalstreik in Großbritannien.

London, den 15. März 1912.

Mit dem heutigen Tage beginnt die dritte Woche des Generalstreiks der britischen Bergarbeiter und der Friedensschluß scheint noch in weiter Ferne zu liegen. Auf Verreiben der Regierung werden zu Anfang der Woche die Verhandlungen zwischen den Arbeitern und den Unternehmern wieder aufgenommen. Herr Asquith hatte am Ende letzter Woche die beiden Parteien zu einer unerbittlichen Aussprache der ganzen Situation unter seinem Vorsitz eingeladen. Daraus berief der Vorstand der Bergarbeiterföderation die nationale Konferenz für Montag abend zusammen, die darüber entscheiden sollte, ob die Einladung angenommen werden sollte. Die Konferenz entschied, daß der Vorstand an der gemeinschaftlichen Konferenz teilnehmen sollte, aber unter der Bedingung, daß das Prinzip des Minimallohns, das ja schon von der Regierung anerkannt worden ist, nicht mehr zur Sprache gebracht werden dürfe. Auch die Unternehmer nahmen die Einladung an, doch gaben die südwestlichen und schottischen der Regierung deutlich zu verstehen, daß die Annahme der Einladung nicht als eine prinzipielle Annahme des Minimallohns betrachtet werden dürfe.

Diese gemeinschaftliche Konferenz hat nun seit Dienstag jeden Tag eine Sitzung abgehalten, ohne daß man vom Fleck gekommen wäre. In der ersten Sitzung schloß der Premierminister den Arbeiterratschluß gewisse Fragen. Er wollte wissen, ob die Arbeiter bereit seien, die Arbeit wieder aufzunehmen, falls man zu einer Einigung über folgende Punkte kommen sollte: Minimallohn der Hauer, Anfangslohn der Knaben und die Forderung, daß kein erwachsener Unterlagsarbeiter weniger als 5 Schilling verdienen soll. Ferner ob sie im Falle der Einigung die anderen Punkte (Festsetzung der Minimallöhne der anderen Unterlagsarbeiter) nach der Wiederaufnahme der Arbeit diskutieren sollten. Es muß hier erwähnt werden, daß die Unternehmer diesen anderen Forderungen wenig oder keinen Widerstand entgegensetzten. Der Vorstand der Föderation unterbreitete die Fragen am nächsten Tage (Mittwoch) der nationalen Konferenz, die einstimmig folgende Resolution annahm:

Wir bedauern, daß die Werksbesitzer noch keine Neigung gezeigt haben, die Lohnsätze anzuerkennen, die von den Arbeitern gefordert werden; die Konferenz kann eine Wiederaufnahme der Arbeit nicht eher empfehlen, bis für die verschiedenen Kategorien der Unterlagsarbeiter ein Minimallohn anerkannt ist. Wir sind jedoch bereit, mit den Werksbesitzern in den verschiedenen Ditricken sofort Verhandlungen anzuknüpfen, um frühestens eine Einigung in allen wichtigen Punkten zu erzielen.

Die Antwort scheint dem Premierminister nicht deutlich genug gewesen zu sein. Denn (gestern) Donnerstag nahm nach der zweiten

Sitzung der gemeinschaftlichen Konferenz die nationale Konferenz folgende Resolution an:

„Die Konferenz kann dem Vorschlag nicht zustimmen, daß die Verhandlungen über die Resolutionen 1, 2 und 3 der Konferenz, die am 2. Februar 1912 stattfand, aus den Händen des Exekutivkomitees genommen werden. (Es sind dies die Punkte: 1. Minimallohn der Hauer; 2. 5 Schilling Minimallohn für alle anderen erwachsenen Unterlagsarbeiter; 3. Anfangslohn für Knaben in der Höhe von 2 Schilling.) Aber wir sind noch bereit, daß alle in den Resolutionen 3 und 4 erwähnten Fragen (Minimallohn der im Tagelohn oder im Bedinge arbeitenden Unterlagsarbeiter, die seine Dauer sind) auf dem Wege der lokalen Verhandlungen geregelt werden, nachdem die Punkte 1, 2 und 3 angenommen worden sind.“

Wir stimmen dem Vorschlag des Premierministers zu, daß auf den in den Ditricken abgehaltenen Zusammenkünften, die sich mit den in den Resolutionen 3 und 4 enthaltenen Punkten befassen sollen, die Anwesenheit irgendeiner unparteiischen Person für den Verlauf der Diskussion förderlich sein und eine Einigung erleichtern könnte.“

Ueber den Verlauf der Verhandlungen auf der gemeinschaftlichen Konferenz ist offiziell nichts bekannt geworden. Aber man braucht nur die obigen Resolutionen zu studieren, um zu erfahren, daß sich die Parteien nicht näher gekommen sind. Die südwestlichen und schottischen Unternehmer sind heute ebensowenig geneigt, den Minimallohn anzuerkennen, wie vor 14 Tagen. Sie haben die Einladung des Premierministers, an der gemeinschaftlichen Konferenz teilzunehmen, nur aus Höflichkeit angenommen und denken gar nicht an eine ernstliche Diskussion. Das macht denn auch die ganze Konferenz zu einer Farce, die vielleicht schon heute zu Ende kommen wird. Die südwestlichen und schottischen Unternehmer haben erklärt, nur der höheren Gewalt, das heißt nur der Gewalt des Parlaments, weichen zu wollen. Aber kann und wird die Regierung den streikenden Parteien einen gesetzlichen Minimallohn, von dem so viel geredet worden ist und der schon im Entwurf vorhanden sein soll, auszuwirken? Kann sie die Willkür der Bergarbeiter abwenden, die Arbeit zu einem niedrigeren als dem geforderten Minimallohn wieder auszunehmen? Und wird sie den Mut und die Macht haben, ein Gesetz einzuführen, das solche unabsehbare Wirkungen auf die künftige Gestaltung des ganzen wirtschaftlichen Lebens Großbritanniens haben muß?

Der Streik ist bis jetzt ruhig verlaufen. Hier und da ist es zu kleinen Zusammenstößen gekommen, die jedoch angesichts der Ausdehnung des Kampfes kaum der Rede wert sind. Der gewaltige Kampf hat jedoch der Industrie des Landes schon schwere Wunden geschlagen. Der Eisenbahnbetrieb ist sehr eingeschränkt worden. Ueberall werden Fabriken und andere Betriebe geschlossen. Schon sind Hunderttausende arbeitslos und weitere Hunderttausende stehen vor der Arbeitslosigkeit. Die Klassen der Gewerkschaften werden durch diese Arbeitslosigkeit schwer belastet. Am schlimmsten sind die unorganisierten Arbeiter daran, bei denen sich schon diese Woche Hunger und Not eingestellt hat. In den Industriegebieten sammelt man Gelder, um der Not abzuhelfen. Man schickt sich auch an, Notstandsarbeiten in Angriff zu nehmen. Not und Arbeitslosigkeit wachsen mit jedem Tage und es besteht noch keine Aussicht, daß der Kampf bald beendet sein wird. Was die bürgerliche Presse über Zwischenfälle im Lager der Bergarbeiter berichtet, ist nichts als Erfindung. Die Kapitalistenpresse versucht jetzt wiederum, die englischen Bergarbeiter von den südwestlichen und schottischen zu trennen. Sie macht den Engländern den Vorschlag, sich mit den Unternehmern zu einigen — was als eine leichte Sache hingestellt wird — und dann die schottischen und südwestlichen Kameraden finanziell zu unterstützen. Der Plan schlägt auf dünnen Boden fallen. Die Bergarbeiterarmee ist noch ebenso geschlossen und einig wie zu Anfang des Kampfes.

Von großem Interesse ist ein Artikel des reichen Werksbesizers Sir Arthur Markham, der am 14. März in der „Daily Mail“ erschien. In diesem Artikel rechtfertigt dieser wegen seiner fortschrittlichen Anschauungen bekannte Kapitalist die Forderungen der Bergarbeiter und bezeichnet sie als leicht durchführbar. Er schreibt, die Ursache, weshalb die Minimallohnbewegung augenblicklich so stark sei, müsse in dem Auftreten gewisser Grubenverwaltungen gesucht werden, die den Arbeitern für abnorme Stellen keine entsprechende Entschädigung gezahlt hätten. Dem oft gehörten Einwand der Unternehmer, daß der Minimallohn eine Prämie auf Faulheit sei, begegnet dieser Unternehmer, der etliche der reichsten und modernsten Gruben in England und Wales besitzt, mit folgenden Worten: „Die Annahme des Prinzips eines Minimallohns wird die Arbeiter nicht davon abhalten, ein angemessenes Tagewerk zu verrichten. Mit dieser Anschauung untersehe ich mich von anderen Werksbesitzern. In einer kürzlich stattgefundenen Sitzung von Werksbesitzern in Derbyshire erklärte Herr Chambers, der geschäftsführende Direktor der Pilsken Bergengesellschaft, daß ihm in einem Zeitraum von 13 Jahren nicht ein einziger Fall zur Kenntnis gebracht worden sei, in dem Arbeiter an abnormen Stellen faulenzten. Seine Forderungen sind alt, aber die Preisliste schreibt vor, daß Arbeiter, die an abnormen Arbeitsstellen beschäftigt werden, 7/8 Schilling Lohn den Tag erhalten müssen. Dieser Fall illustriert nur die Tatsache, daß das Gesetz, die Arbeiter werden nicht ehlich arbeiten, nicht gerechtfertigt werden kann. Ich weiß von vielen derartigen Fällen.“

Sir Arthur Markham führt dann an, daß der Durchschnittslohn für Hauer über 21 Jahre in Mittel-England 7 Schilling 6 Pence sei. Es gebe aber Leute, die nur 4 1/2 und 5 Schilling die Schicht verdienen. „Wenn wir nun bedenken“, fährt er fort, „daß die Forderungen im Durchschnitt nur an fünf Tagen in der Woche in (produktivem) Betrieb sind, so bedeutet dies, daß die Arbeiter keine Entschädigung für ihre Arbeit erhalten, die, wenn man das Risiko, das sie tragen müssen — im Durchschnitt werden täglich vier Bergarbeiter getötet und 500 verletzt — in Betracht zieht, sie erhalten sollten. Die Arbeitskraft ist das Kapital des Arbeiters. Ein Kapitalist, der sein Geld in spekulative Unternehmungen steckt, erwartet einen hohen Gewinn. Und einen hohen Gewinn darf der Bergarbeiter erwarten, der mit seinem Leben und seiner Gesundheit spekuliert.“

In seinen Ausführungen bemerkt dieser englische Werksbesitzer nebenbei, daß die Unternehmer vor der Annahme des Achtstundentages eine Vermehrung der Betriebsmittel um 1 1/2 Schilling pro Tonne prophezeit hätten. Es habe sich aber herausgestellt, daß sich die Kosten der Unternehmer in vielen Fällen überhaupt nicht vermehrt hätten und daß in den anderen Fällen (außer in Lancashire und einigen alten Wäts) die Mehrkosten infolge der Einführung des Achtstundentags sehr gering gewesen seien.

Die Frage des Minimallohns lasse sich zu einer einfachen Frage reduzieren, die Sir Arthur Markham so stellt: „Soll einem Mann, der seine Arbeitskraft in einem gefährlichen Beruf wie dem Kohlenbergbau verkauft, ein auskömmlicher Lohn bezahlt werden, ehe der Profit unter die Aktionäre verteilt wird, oder soll er für die Dividende arbeiten? Ich bin der Ansicht, daß der auskömmliche Lohn zuerst bezahlt werden sollte. Die Führer der Bergarbeiterföderation haben bestimmt immer wieder erklärt, daß sie nicht danach trachten, die bestehenden Lohnsätze zu erhöhen, sondern daß sie nur wünschten, daß die bestehenden Löhne die Minimallohne sein sollen und daß kein Arbeiter, der in einer Grube arbeitet, weniger als 5 Schilling den Tag verdienen soll. Sie sind damit einverstanden, daß der Arbeiter ehlich arbeitet; sie wünschen nicht, die sorglosen und trägen Arbeiter zu ermutigen.“

Der englische Unternehmer reformiert seine hauptsächlichsten Ausführungen wie folgt:

1. Die Forderung der Arbeiter, für ihre ehliche Arbeit einen Minimallohn zu erhalten, ist eine vernünftige und maßvolle Forderung.
2. Die Forderung eines Minimallohns von 5 Schilling für die am schädlichsten entlohnten Arbeiter ist ebenfalls vernünftig und maßvoll; dasselbe gilt für die Forderung für Knaben.
3. Der Minimallohn wird die Produktion nicht verringern, noch wird er die Kosten vermehren; denn die ungeheure Forderung der neuen Gruben (die in kurzer Zeit auf den Markt geworfen werden

wird) wird verursachen, daß das Angebot die Nachfrage weit übersteigen wird.

4. Einige der alten Gruben werden zweifelsohne infolge des Minimallohns eingehen, aber dies ist auch ohne Minimallohn unvermeidlich und sollte als die natürliche Folge des nationalen Fortschritts hingenommen werden, gerade so wie eine Baumwollfabrik mit veralteten Maschinen nicht mit einer neuen Fabrik mit modernen Maschinen konkurrieren kann.“

Diese Zugeständnisse aus Unternehmerkreisen werden die britischen Kameraden nur in ihrer Ansicht, daß sie für gerechte Forderungen kämpfen, die mit gutem Willen ohne große Schwierigkeiten durchzuführen sind, bestärken.

Zur Stunde ist nicht das geringste Zeichen wahrzunehmen, daß auf eine baldige Beendigung des Generalstreiks hinwiese. Wir werden uns auf einen langen und bitteren Kampf gefaßt machen müssen. J.K.

Lohnbewegung der belgischen Bergarbeiter.

Wie uns Kamerad Lombard, Generalsekretär der belgischen Bergarbeiterföderation, durch Schreiben vom 14. März mitteilt, hat das nationale Komitee der Bergarbeiter am 12. März d. J. beschlossen, den belgischen Grubenbesitzern folgende Forderungen zu unterbreiten:

1. Erhöhung der Löhne um 15 Prozent.
2. Gewährung eines Minimallohns.
3. Anerkennung der Organisation als Vertretung der Bergarbeiter in der gegenwärtigen Lohnbewegung und in der Zukunft.

In der Begründung dieser Anträge ist einerseits auf die Lebensmittelerhöhung hingewiesen und andererseits auf die hohen Gewinne der Unternehmer. Schließlich wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Unternehmer einen baldigen Termin bestimmen werden, um mit den Organisationsleitungen über vorliegende Forderungen zu verhandeln.

Ferner teilt uns Kamerad Lombard mit, daß beschlossen worden ist, auf Sonntag, den 24. März, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen. In dieser sollen die Antworten der Unternehmer geprüft und Stellung dazu genommen werden. Inzwischen sollen in den fünf Bergbaubezirken des Landes Bergarbeiterversammlungen abgehalten werden, um die Bergarbeiter auf die kommenden Dinge vorzubereiten.

Zur französischen Bergarbeiterbewegung

Schreibt uns unser Kamerad Bartuel, Generalsekretär der französischen Bergarbeiterföderation, einen Brief, dem wir folgendes entnehmen: Die französischen Bergarbeiter haben am 11. März einen Demonstrationstreik von 24 Stunden gemacht, der in ganz Frankreich allgemein gewesen sei. 90 Prozent aller Bergarbeiter hätten an diesem Tage die Arbeit ruhen lassen. Sie hätten ihre Forderungen, welche die Achtstundenschicht, Minimallohn und Bergarbeiterpensionen betreffen, nicht den Unternehmern, sondern der Regierung gefordert, da sie diese Materie gesetzlich geregelt wissen wollten. Sie hätten der Regierung eine gewisse Frist gesetzt zwecks Durchführung ihrer Forderungen. Daß sie dieselben unter allen Umständen durchzusetzen entschlossen sind, sollte der Regierung durch den 24stündigen Generalstreik gezeigt werden. Im übrigen wünschen die französischen Kameraden den deutschen Bergarbeitern in ihrem schweren Kampfe den besten Erfolg.

Demonstrationstreik der französischen Bergleute.

Wie die neueste Nummer von „La Voix du Mineur“ mitteilt, ist der 24stündige Demonstrationstreik der französischen Bergarbeiter vollkommen gelungen. 200 000 Bergarbeiter haben am 11. März in Frankreich gefeiert. Im Norden und Pas de Calais 100 000. Das sind fast alle in Betracht kommenden Belegschaften. Wenn man von den Beamten und dem Aufsichtspersonal abzieht.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Der Viehstand in Preußen.

Nach der jetzigen Publikation in der „Statistischen Korrespondenz“ ergibt sich folgender Bestand:

im Jahre	Werde	Minder	Schafe	Schweine
1878	2 282 435	8 639 514	19 668 794	4 204 926
1883	2 417 887	8 787 641	14 752 328	5 810 136
1892	2 653 661	9 871 521	10 109 694	7 725 601
1897	2 808 419	10 552 072	7 859 086	9 890 231
1900	2 923 627	10 876 072	7 001 518	10 906 921
1902	2 927 484	10 405 709	5 017 098	12 740 908
1904	2 934 408	11 156 133	5 060 529	12 568 809
1906	3 018 443	11 646 908	5 435 053	15 855 050
1907	3 046 304	12 011 584	5 488 867	15 095 854
1908	3 062 835	12 089 072	5 260 238	18 422 373
1909	3 077 946	11 703 161	4 975 632	14 162 367
1910	3 128 535	11 592 521	4 682 069	16 491 559
1911	3 171 369	11 669 217	4 860 376	17 222 677

Eine Umrechnung des Zuwachses bei Mindern und Schweinen und der Verminderung bei den Schafen würde ergeben, daß pro Kopf der Bevölkerung das verfügbare Fleischgewicht nicht größer, sondern geringer geworden ist. Denn die deutsche Bevölkerung ist ja andauernd gewaltig angewachsen.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Umsätze der Großeinkaufsgesellschaft.

Die Warenabteilung erzielte einen Gesamtwarenumsatz:

im 4. Quartal 1911 von	85 134 378,80 Mk.
gegen im 4. Quartal 1910 von	28 601 021,41 „

also mehr 1911 8 533 357,39 Mk.
Januar bis Dezember 1911 109 606 469,39 Mk.
Januar bis Dezember 1910 88 869 649,27 „

also mehr 1911 20 935 820,12 Mk.
Die Abteilung Zigarrenfabriken erzielte an Zigarren und Tabakfabrikanten einen Gesamtwarenumsatz:

im 4. Quartal 1911 von	823 807,93 Mk.
gegen im 4. Quartal 1910 von	698 043,87 „

also mehr 1911 125 764,06 Mk.
Januar bis Dezember 1911 2 692 603,25 Mk.
Januar bis Dezember 1910 2 184 419,87 „

also mehr 1911 508 183,38 Mk.
Die Abteilung Seifenfabrik erzielte einen Umsatz:

im Jahre 1911 von	4 863 904,30 Mk.
im Jahre 1910 (Juli bis Dezember)	1 367 834,17 „

Ueber die Umsätze der Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine orientiert die nachstehende Zusammenstellung:

Im 4. Quartal 1911 erzielte die Bankabteilung im Giroverkehr folgende Umsätze:

	im Debet	im Kredit
gegen 4. Quartal 1910	82 775 330,46 Mk.	81 923 481,95 Mk.
	19 842 818,88 „	18 150 435,21 „
also 4. Quartal 1911 mehr	12 932 511,78 Mk.	18 078 056,74 Mk.
Im Jahre 1911, im dritten Jahre ihres Bestehens, setzte die Bankabteilung auf Girokonto um:		
	im Debet	im Kredit
gegen 1910	99 183 720,93 Mk.	100 807 479,21 Mk.
	62 410 598,42 „	63 829 534,30 „
also 1911 mehr	36 773 122,56 Mk.	37 567 944,82 Mk.

Die Großeinkaufsgesellschaft hat also im verfloßenen Jahr einen Umsatz von nahezu 110 Millionen Mark erzielt. Das ist gegenüber den 88,7 Millionen des Jahres 1910 eine sehr erfreuliche Umsatz-

steigerung. Auch mit den Umsatzeleistungen der Eigenproduktion kann man sehr zufrieden sein. Die Seifenfabrik berichtete 1910 erst über einen Betrieb von sechs Monaten. Sie hat in den zwölf Monaten 1911 fast viermal so viel umgeleitet als in den sechs Monaten des Geschäftsjahres 1910. Das ist eine Umsatzeleistung, die die Erwartungen übertrifft. Bei diesen außerordentlich günstigen Zahlen läßt sich hoffen, daß auch das finanzielle Ergebnis des Jahres günstig ist.

Knappschäftliches.

Sitzung der Knappschäftlichen Witwenrente bei getrenntem Leben der Ehegatten.

Im § 88 des neuen für den Bochumer Knappschäftverein geltenden Statuts heißt es, daß die Witwenrente sich um die Hälfte ermäßige, wenn bei dem Tode des Ehegatten die Frau von ihrem Ehemann getrennt lebe. Daß die Ehe geschieden ist oder ein Scheidungsverfahren schwebt, ist nicht erforderlich.

Diese Bestimmung war im alten Statut nicht enthalten. Daß sie in das neue hineinkam, geschah vornehmlich nur aus moralischen Gründen, welche nicht, um an den Witwenrenten zu sparen. Man wollte die Vergamtnnsfamilien zusammenhalten und den Frauen durch Androhung einer eventuell eintretenden Mientenlürzung das Fortkommen erleiden. So eine Bestimmung hatte Mann und Frau zusammen. Sie fitt.

Daß durch Beitragsleistung erworbene Witwenrentenanprüche von einem ungetrennten Zusammenleben abhängig gemacht werden, kennt man nur im Knappschäftwesen. Fraglich der Unfall- und Reichsmitmenrenten bestehen solche Bestimmungen nicht. Daß sie nur im Knappschäftwesen vorhanden sind, muß darum wohl besondere Gründe haben. Einen davon findet man, wenn man von der Tatsache ausgeht, daß in der Regel der tiefere Grund für eheliche Zerwürfnisse schwache, zum Ueberdruß werdende wirtschaftliche Verhältnisse sind. Sind diese in den Bergarbeiterfamilien besonders häufig, erst dann hat die Schaffung der nur für Bergarbeiterwitwen geltenden Witwenrenten eine gewisse Berechtigung. Oder sind die moralischen Ehehaltungsgünde nur Vorwand und das Mientenlürzen-wollen die wirkliche Triebfeder der Einführung jener neuen Bestimmung gewesen?

Bestenfalls wird man als die Hauptursache ansehen müssen. Zunächst schon deshalb, weil in vielen Fällen getrenntem Leben der Mann der Schuldige sein kann, die Frau aber die schuldlos Geschädigte ist. Dann aber auch wegen der Handhabung, die die Statutenbestimmung seitens des Knappschäftvereins erfährt. So wie die Worte im Statut stehen, kann die Witwenrente auch in Fällen vorübergehender Trennung gefordert werden. Man sollte nun von einem Wohlstandeinstimm - das soll der Knappschäftverein sein - erwarten, daß den Witwen die Renten nur dann gefordert werden, wenn erwiesen ist, daß das eheliche Band für immer zerfallen ist. Doch weit gefehlt. Dann würde die Knappschäft nicht so viel sparen und darum bereit sein den Standpunkt, daß in allen Fällen nicht aus wirtschaftlichen Gründen notwendig gewordenen getrennten Lebens die Witwenrente nur halb gezahlt zu werden braucht.

Um eine maßgebende Entscheidung des Obergichtsgerichts zu erreichen, klagte eine Witwe aus Langendreer die Sache durch, wurde aber an allen Verichten abgewiesen. In dem Urteil des Obergichtsgerichts heißt es:

„Die Auslegung, welche die Klägerin dem § 88 des neuen Statuts geben will, dahin, daß nur ganz schwere Fälle darunter fielen, in denen das Band der Ehe völlig zerfallen sei, Voraussetzungen, die hier nicht vorliegen, ist verfehlt. Die betreffende Vorschrift ist lediglich voraus, daß die Frau von ihrem Ehemann getrennt lebe. Dieser Sachteil hat nach dem Sinn der Vorschrift keinerlei weitere Voraussetzungen, als das tatsächliche Getrenntleben der Ehegatten.“ N. 2. 878-11.)

So weit die Entscheidung, an die der Bochumer Knappschäftverein zum Nutzen seiner Kasse sich schon halten wird. Da nun aber die Befürchtung nicht ganz grundlos ist - die Mitglieder der Bochumer Knappschäft tun gut, mit allen Möglichkeiten zu rechnen - daß der Verein in Zukunft auch in den Fällen, in denen der Mann von seiner Familie sich zeitweilig trennen und in entfernteren Gegenden Arbeit suchen muß, nachspürt, ob eine gewisse Trennung des ehelichen Lebens vorliegt, tun die Frauen der auswärts arbeitenden Männer gut, Driele usw. aufzubewahren, damit sie jederzeit nachweisen können, daß die Trennung keine gewollte, sondern durch die Verhältnisse erzwungene war. H. A.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Becke Bollern I. Die Unglücksfälle mehren sich von Tag zu Tag auf genanntem Pütt. Am Sonntag, den 25. Februar, wurde ein zu Tode verunglückter Kamerad zu Tage befördert. Am Mittwoch, den 28. Februar, verunglückten fünf Kameraden, teils leicht, teils schwer. Am Donnerstag, 29. Febr., wurden wieder zwei Unfälle bekannt. Da muß sich doch der Unbefangene sagen: Hier ist etwas nicht richtig im Staate Dänemark! Und das mit Recht. Die Jagd nach Kohlen spielt hier die Hauptrolle. Die Seilfahrt wird schon lange nicht mehr nach der Seilfahrtsordnung eingehalten. Wenns, wenn die Mittagsfahrt ausfahren soll, muß die Seilfahrt um 9 1/2 Uhr beginnen; meistens beginnt sie aber erst um 10 1/2 Uhr. Die Verwaltung möge dafür sorgen, daß hier Ordnung geschaffen wird. Beim Fahrsteiger hat es bald den Anschein, als wolle er die Motorensteiger nur als Antrieber gebrauchen. Das macht nur böses Blut. Am Samstag, den 24. Februar, war ein Vorfall zu beobachten, der viele Arbeiter in Erregung brachte. Am Tage auf der Schachtbühne, als die Nachtschicht ansetzen sollte, kam Befehl zum Durchfördern bis zur Ausfahrt der Mittagschicht. Als die über Tage beschäftigten Kumpels Schicht machen wollten, schauzte der Fahrsteiger S. einen an, er solle hier bleiben. Der Kumpel erwiderte: „Wenn man von morgens 5 Uhr bis abends 8 Uhr hier schuftet, wird man auch müde.“ Hierauf bekam er von dem Beamten einen Stoß vor die Brust, daß er auf den Knien fiel. Wenn sich Fahrsteiger S. im Ringen üben will, sollte er lieber auf die Kirmeh gehen und nicht auf der Zeche Vorstellungen geben. Die vielen Unglücksfälle sind der Antreiber und der mangelhaften Reparatur hauptsächlich zuzuschreiben. Dann wird immer behauptet, die Löhne seien gestiegen. Sie wurden aufgebessert in der Weise, daß die Belegschaft bis zur letzten Kraft angetrieben wurde. Die Belegschaft ist es aber leid, sich noch länger in solcher Art zu behandeln zu lassen; es hat alles seine Grenzen, das sollte sich der Betriebsführer und auch der Fahrsteiger S. merken. So harte Strafen, wie jetzt in letzter Zeit, hat es früher auch nicht gegeben. Wegen Förderns unreiner Kohlen wurden z. B. am 27. Februar acht Mann mit je 3 Mark bestraft. Kameraden, merket die Ueberführlichen, damit ihr nicht noch denjenigen den Lohn verringert, die keine Ueberführlichen machen. Hört endlich auf die Mahnung der Organisation!

Königreich Sachsen.

Grube Helene-Jda (Rödlitz). In einer der letzten Nummern der „Bergarbeiter-Zeitung“ veröffentlichten wir eine Karte, welche ein Beamter des Steinloshwerkes Helene-Jda erhalten hat. Diese Karte war von einem elenden Denunzianten geschrieben, um einen Kameraden, der den Krankenschein hatte, anzuschwärzen. Herr Obersteiger Richter als Empfänger dieser Karte war über den Widerspruch selber in der „Bergarbeiter-Zeitung“ sehr erbost und mußte sich deshalb der Kamerad Sorge, gegen den die Karte geschrieben war, beim Herrn Obersteiger melden. Dort bekam er den Befehl, daß, wenn bis Montag früh die Karte nicht im Besitz des Obergichtsgerichts, er (Sorge) sofort entlassen würde. Die Karte war aber bis zu dieser Zeit nicht zu erlangen und wurde Sorge tatsächlich entlassen. Einige Stunden später war die Karte gefunden. Wir möchten doch Herrn Richter fragen: Ist denn dieses Ursache genug, um einen Familienvater auf die Straße zu werfen? Sind es hier nicht andere Gründe, die maßgebend waren? War denn das Unglück des Kameraden Kröger schon wieder vergessen, daß man neue Opfer brauchte? Die Karte war doch zu dem Zweck abgegeben, um den Denunzianten zu finden. Sollte dieses mit Erfolg geschehen, so mußte für die weiteste Verbreitung gesorgt werden. Noch eine Frage, Herr Richter: Wo nehmen Sie das Recht her, einen Arbeiter zu entlassen, der sich

im Arbeitsverhältnis rein gar nichts zuzuschulden hat kommen lassen? Die Angelegenheit der Karte ist Privatfache, die Sie wohl als Mensch interessiert, aber niemals in Ihrer Eigenschaft als Beamter. Und wundern, daß Herr Direktor Krug diese Entlassung gutheißt. Gibt es für einen Obersteiger nicht wichtigere Aufgaben, als unbedeutende Entlassungen vorzunehmen? Auf den Maschinenbergen, wo zwei und drei Hunderte zusammengepackt sind, müssen die Arbeiter während der Förderung das Holz auf der Schulter transportieren. Können hier nicht weitere Unglücksfälle vorkommen? Warum ist der Holztransport so beschwerlich? Sie wissen doch, Herr Obersteiger, daß Sie die Arbeiter verlassen, wenn dieselben die Arbeitsstätte nicht vorfahrtsmäßig verlassen, warum nun Holztransport und schlechter Transport? Auch wäre bei Herrn Richter etwas mehr Humanität den Arbeitern gegenüber angebracht.

Drittes Schieferbruch (Rehefen). Die mangelhafte Befolgung der Bergpolizeibehörden Vorschriften hatte vor kurzem einen tödlichen Unfall zur Folge. Der erst 18 Jahre alte Arbeiter Daun aus Escheln wurde von einem Steinblock, der weit über den hinter ihm stehenden Hund hinausragte, erfaßt und gegen den eigenen Hund gedrückt. Die ersten Verletzungen waren so schwer, daß er am anderen Tage starb. Es liegt dem bedauerlichen Unfall eine grobe Verletzung der Bergpolizeiverordnung (§ 41, Abs. 8) zugrunde; deren Einhaltung hätte das Unglück verhütet. Solange freilich die Arbeiter unorganisiert herumlaufen, genügen sie bei den Unternehmern nicht den Respekt, der notwendig ist zur Ermahnung des gebotenen Schutzes. Und zweitens unterbleibt ohne die Organisation die Aufklärung der Arbeiter darüber, was sie selbst zur Abwendung der Gefahren tun kann und tun muß.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Melchiorgrube, zweite Abteilung (Vitterbach). Die Arbeiter klagen sich, daß in der Schicht der vierten Sohle alles voll Holz liegt und die Leute gezwungen sind, darüber zu klammern. Steiger Hohberg scheint sich in dieser Abteilung allmächtig zu fühlen, sein Vorgehen den Arbeitern gegenüber würde einem Kasernenchef alle Ehre machen. Ein Arbeiter, der einmal scherzhaft gedankt hatte, daß es mit diesem Manne wohl nicht ganz richtig sein könne, wurde sofort gefänglich. Die 3. Mt. Abteilung, die dieser Mann bei seinem Weggange noch zu bekommen hatte, wurden nicht ausgezahlt, angeblich weil der Mann sich im Lager befindet. Einem Arbeiter, der vor einem nassen kalten Ort arbeitete, wurde vom Steiger gesagt, daß er erst die Hände aus den Hosentaschen nehmen sollte, ehe er mit ihm (dem Steiger) spreche. Derselbe Schneidigkeit, wie dieser Beamte, scheint sich auch der Partienkontrolleur aneignen zu wollen. Ein Arbeiter wollte seine Marke holen und hatte dabei eine Flarre angezündet. Wegen der Sünde, daß der Mann auf dem Grubenhofe rauchte, wurde ihm die Marke nicht verlohnt. Erst auf Beschwerde bei dem Abteilungsbeamten wurde die Verweigerung rückgängig gemacht. Die Verletzung des einzelnen Arbeiters ist hier aufs äußerste angepannt. Trotz der halbherzigen Schuttscheit ist es immer noch nicht genug, immer wieder werden die Leute angetrieben, noch mehr zu leisten.

Schwefelnschicht, sechste Abteilung. Die beim Schieferlauben beschäftigten Arbeiter beklagen sich über eine gar zu lange Arbeitszeit, besonders bei der Mittagschicht. Die Frühfahrt muß früh 5 1/2 Uhr antreten und endet die Schicht mittags 2 1/2 Uhr. Für die Mittagschicht beginnt die Arbeit mittags 2 1/2 Uhr und endet abends 11 1/2 Uhr. Statt 11 1/2 wird es fast alle Tage 11 3/4, ja schon einige Male ist es 12 Uhr geworden, ehe die Arbeiter Schicht machen konnten. Die Leute müssen also alle Tage 1/2 bis 3/4 Stunde länger arbeiten. Soffentlich beklagt das Werk diesen Uebelstand.

Süddeutschland.

Schacht Simon (Klein-Moseln). Als eine große Härte wird es empfunden, daß hier auf diesem Schacht nicht jede Woche gewechselt wird mit den Dritteln, sondern nur Monatswechsel ist. Das ein Kamerad am 1. des Monats die Früh-, Mittags- oder Nachtschicht, so ist er verurteilt, den ganzen Monat in dieser Schicht zu bleiben. Auf verschiedene Beschwerden der Vertrauensmänner beim Direktor erklärte dieser, daß es vom 1. ab geregelt wird. Aber die Betriebsbeamten auf Schacht Simon sind dagegen und damit basta. In Kameradenkreisen heißt es, daß sie das aus Wequemlichkeit machen, denn beim alten System haben sie nicht so viel Arbeit. Aber was auf den anderen Schächten der Wendelschen Gruben möglich ist, muß auch hier möglich sein. Auch herrscht auf diesem Schacht ein Schmierloppensystem wie nirgends auf einer anderen Zeche. Spricht da mal ein Kamerad ein unbefachtes Wort, flucht er ein solcher Spitzel zum Betriebsführer oder Fahrsteiger und merket das. Ganz besonders ist da ein Schiefmeister Sch., vor dem sich die Kameraden hüten müssen. Dieser Sch. war früher schon dem christlichen Gewerksverein beigetreten, um gegen diesen Spitzeldienste zu leisten. Heute nähert er sich den Verbandskameraden in gleicher Absicht, ohne beizutreten, um nachher sofort alles, was gesprochen wurde, auf dem Bureau anzubringen. Anstatt nun solche Lumpen fortzuschaffen, werden sie noch vorgezogen von den Beamten, ja es geht sogar das Gerücht, daß jetzt Leute dazu beauftragt sind, unter den Kameraden zu lauschen, was gesprochen wird über einen eventuellen Streik im Ruhrrevier bezogen auf Deutschland. Diese Menschen begreifen nicht, daß sie auch so ausgebeutet werden vom Kapital wie ihre Kameraden und schließlich, wenn sie ihre Schuldigkeit getan haben, noch schlimmer behandelt werden wie diejenigen, die sie verraten und um so und so viel geschädigt haben. Auch ist das Ueberführwesen in voller Blüte. Es ist wirklich ein Wunder, wenn hier mal an einem Sonnabend nicht eine Doppelschicht verfahren wird. Die Reparaturarbeit wird Sonntag gemacht. Wenn man Sonntags zum Schichtwechsel an den Schacht kommt, so merkt man gar nicht, ob es Sonntag oder Werktag ist, jovicl Kameraden fahren Sonntag immer an, trotzdem sie Sonntags billiger arbeiten müssen als in der Woche. Die Schichtlöhne sind in der Woche 5-5.20 Mk. und Sonntags gibt es nur 4.30 Mk. Also auch hier kann man sehen, daß eine geschlossene Organisation fehlt.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Der Schwarzlistenprozeß endlich erledigt.

Der vom Bergarbeiterverband im Namen von zehn seiner Mitglieder gegen den Bechenverband geführte Prozeß ist endlich nach mehr wie dreijähriger Dauer erledigt. Bekanntlich hatte das Landgericht Essen am 20. April 1910 dahin entschieden, daß zwei Kläger mit ihrer Klage abgewiesen wurden, die Forderungen der übrigen acht Kläger wurden dem Grunde nach für berechtigt erklärt, soweit sie einen Schaden durch die Aussperrung über die sechste Woche hinaus erlitten hatten.

Gegen dieses Urteil haben Kläger und Beklagter Berufung an das Oberlandesgericht Hamm eingelegt. Dieses fällte am 3. Juni 1911 ein Urteil dahin, daß es sich bezüglich der acht Kläger dem Urteil des Landgerichts Essen anschließt. Bezüglich der vom Landgericht Essen abgewiesenen Kläger Nibel und Voh wurde das erstinstanzliche Urteil aufgehoben und Beklagte verurteilt, auch diesen den ihnen durch die Aussperrung zugefügten Schaden zu ersetzen. Im übrigen wurde die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen zur Feststellung des den Klägern wirklich entstandenen Schadens. Das endgültige Urteil des Landgerichts Essen in dieser Sache ist jetzt ergangen. Danach ist der Bechenverband verurteilt, an die Kläger folgende Beträge nebst 4 % Zinsen vom Tage der Klageaufstellung an gerechnet zu zahlen: 1. Piders 702 Mk., 2. Lauer 248,15 Mk., 3. Zellermann 226,04 Mk., 4. Kompernaß 68,40 Mk., 5. Pictowial 110,60 Mk., 6. Schmidt 561 Mk., 7. Spieckermann 585,06 Mk., 8. Wasse 577,38 Mk., 9. Voh 170 Mk., 10. Nibel 144 Mk. Nun werden die durch die Aussperrung geschädigten Kameraden also endlich zu ihrem Gelde kommen.

Bergarbeiterstreik vor dem Reichstag.

Im Reichstag kam der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet in dreitägiger Verhandlung eingehend zur Sprache. Diese Verhandlungen sind von großer Wichtigkeit und wir werden eingehend darauf zurückkommen.

Sammlungen für den Bergarbeiterstreik.

Die Generalcommission der freien Gewerkschaften Deutschlands erläßt einen Aufruf, der zu Sammlungen für die streikenden Bergarbeiter auffordert.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

In eigener Sache.

Wie die Hunde die Spuren des Wildes riechen, so riechen und verfolgen die „schlaunen Opportunisten“ von W. Gladbach meine Spuren. Denn kaum bin ich in Oberschlesien angekommen, so heult der „allerschiffliche“ Zentrums-„Vergnapper“ vom 9. März über meine „Schiffliche“ Unter der Ueberführung: „Sozialdemokratische Einigkeitstabelle“ berichtet dieses christlich-haltige Blatt für W. Gladbach Wahrheit und „Christentum“ aus Oberschlesien, daß der Vorstand des alten Verbandes nicht nach Oberschlesien entsandt habe, um dieselbe Zeit, als dort von alten Vergarbeiterorganisationen gemeinschaftliche Lohnforderungen gestellt wurden. Damit habe der „sozialdemokratische“ Verband den Zankapfel in die „Einigkeit“ geworfen, denn ich erklärte mich sogar, in öffentlichen Versammlungen den „christlichen“ Gewerksverein - anzurempeln wegen seiner genialen, einzig richtigen und vornehmen Haltung im Ruhrrevier.

Trotzdem in Oberschlesien also die Organisationen zusammengehen, schreibt das christlich-haltige Zentrumsblatt, wird von sozialdemokratischer Seite der Zankapfel hineingetragen und die Einigkeit gestört... Die Wege gegen den verhassten Gewerksverein ist den Gewerksvereinen der zweiten Natur geworden, daß sie ohne eine solche Wege nicht leben können.

Zum Schluß wird noch behauptet, in einer gemeinschaftlichen Sitzung, die sich mit der abnehmenden Antwort des Berg- und Hüttenmännlichen Vereins befaßt, sei beschlossen worden, eine neue Eingabe an die einzelnen Verwaltungen zu machen, von einem Streik aber abzusehen. Was die letzte Behauptung anbelangt, so ist ein Beschluß, von einem Streik abzusehen, nicht gefaßt worden, wohl wurde allseitig betont, nicht auf einen Streik hinzuarbeiten, sondern zu versuchen, die Bewegung in friedlichen Bahnen zu halten. Dabei habe ich erklärt, daß ich einen allgemeinen Streik in Oberschlesien mit dem Ruhrgebiet gemeinschaftlich durchaus für kein Unglück hielt. Die Mittelung, von dem angeblichen Beschluß, von einem Streik abzusehen, ist ohne unser Wissen und gegen unseren Willen schon in die Presse langiert worden, noch ehe die Forderungen zum zweiten Male formuliert und abgelehnt waren. Von unseren „Verbündeten“ hat es eine Mischung für notwendig gehalten, die Unternehmer vorher zu unterrichten, daß Lohnforderungen eingereicht würden, aber erst ist die Sache nicht gemeint, gestreift wird nicht, lehnt nur ruhig alles ab! Wirklich prachtvolle „Stumpfsinnigkeit“!

Als ich nach Oberschlesien fuhr, hatte ich noch keine Kenntnis von dem gemeinschaftlichen Vorgehen, sondern die Aufgabe, über die Lohnkämpfe im englischen und deutschen Bergbau zu sprechen. Daß ich dabei auch die Haltung der „schlaunen Opportunisten“ im Ruhrrevier besprechen und die Tatsache konstatieren mußte, daß die „Christen“ seit 1910 sich jeder Lohnbewegung entgegenstellten, war und ist unumgänglich notwendig, sollte ich die Vergleute nicht wider besseres Wissen anklagen. Zu der sprachwörtlichen „Wahrheitsliebe“ der „schlaunen Opportunisten“ kann ich mich nicht ausschlagen und so bleiben für mich Tatsachen eben auch Tatsachen. Ist aber die Haltung der „schlaunen Opportunisten“ im Ruhrrevier so einwandfrei und lobenswert, wie sie vom „Vergnapper“ und anderen Scharfmacherblättern hingestellt wird, muß es den „schlaunen Opportunisten“ doch höchst angenehm sein, wenn ich ihre Gelben- und Außenstaaten möglichst allen Vergleuten mitteile.

Da aber der „allerschiffliche“ „Vergnapper“ davon redet, ich suchte in Oberschlesien die Einigkeit zu fördern, will ich zeigen, von wem die Einigkeit gestört wird. In der ersten gemeinschaftlichen Sitzung, die noch dem abnehmenden Beschluß des Berg- und Hüttenmännlichen Vereins, am 28. Februar, im Gewerkschaftshaus der freien Gewerkschaften in Rattowitz stattfand, machte ich den Vorschlag, die Lohnkämpfe neu zu formulieren, an die einzelnen Verwaltungen einzuschicken und dann gemeinschaftliche Demonstrationen vorzunehmen, zu veranstalten, in denen nur über die Lohnfragen und die Vorgänge im Bergbau gesprochen werden dürfte; jede Organisation sollte sich jeder Bekämpfung der anderen enthalten. Diese Vorschläge wurden auch einstimmig angenommen, jedoch in der dritten Sitzung, am 2. März, erklärten die „Christen“, Polen und „Berliner“, die gemeinschaftlichen Versammlungen nicht mitmachen zu können und während ich die neue Eingabe schrieb, unterhielten sich die anderen Vertreter in polnischer Sprache, wobei unser Bezirksleiter die Leute frag, weshalb sie die gemeinsamen Versammlungen denn nicht mehr wollten. Darauf fiel als Antwort die Bemerkung: „Mit dem „gerissenen Hund“, den unser Vorstand nach Oberschlesien geschickt habe, wollten sie nicht diskutieren.“ So wurde es aus dem gemeinsamen Vorgehen nichts, nicht wegen mir, sondern wegen der Feigheit und Unfähigkeit anderer.

In der vierten gemeinschaftlichen Sitzung stellten sogar die Polen den Antrag, die „Christen“ zur Unterzeichnung der von mir ausgearbeiteten Lohnkämpfe nicht zuzulassen, weil der „Vergnapper“ die Polen in gemeinsamer Weise beschimpft habe wegen ihrer Haltung im Ruhrrevier. Die Polen wollten sogar selbst zurücktreten, falls die „Christen“ zur Mitunterzeichnung zugelassen würden. Sie meinten es doch nicht ehrlich, wollten nur auf Kosten anderer Mitglieder fangen. Erst auf das dringende Einreden von mir und dem „Berliner“ Vertreter, sogar des von den „schlaunen Opportunisten“ so heftig bekämpften Soult, des Veranstalters der Breslauer „Mäuserhunde“, zogen die Polen ihren Einspruch zurück und die „Christen“ durften ihren Namen auch unter die zweite Lohnkämpfe setzen. Sie hätten nicht alle Veranlassung, sich etwas beschreibener zu halten.

Johann Seimpeters.

Saargebiet und Reichslande.

Sulzbach. Den Verbandskameraden und Mitgliedern der freien Gewerkschaften von Sulzbach und Umgebung zur Kenntnisnahme, daß uns das Lokal „Zum Vater Jah“ nicht mehr zur Verfügung steht. Es bedarf wohl keines besonderen Hinweis, daß die organisierte Arbeiterchaft hieraus die Konsequenzen zieht und die jetzige Inhaberin mit ihrem Besuche nicht wieder befristet.

Abrechnung.

Für den Monat Januar haben bei der Hauptkasse folgende Zahlstellen und Bezirke abgerechnet:

- Bezirk Hamm: Witten 189,50, Afferde 68,80, Altenböge 248,—, Bülmerich 128,60, Wönen 103,30, Bochum-Söbel 462,60, Hamm 802,50 (1,50), Hamm-Nord 248,40, Heeren 684,06 (1,25), Ramen I 774,90 (4,—), Ramen II 983,20 (19,50), Ramen III 151,60, Königshorn 494,45 (1,25), Kaiserau 694,20, Lünern 149,25 (3,75), Markt 104,40, Passenerheide 904,70, Weßler 141,70, Wüßhausen 68,—, Wassen I 324,40, Wassen II 308,70, Rüntje 556,40, Unna 633,25 (5,25), Werne a. d. S. 197,60, Wiefershöfen 894,40, Herringen 156,80 Mk.
- Bezirk Lünen: Brechten 488,20, Brandauer 1081,16 (8,25), Derne 476,70 (2,—), Grevel 90,60, Spitzende 190,80, Kirchberne 238,95 (1,25), Lüdinghausen 0,—, Lünen-Süd 709,85 (0,75), Lünen-Stadt 424,90 (1,50), Vantrop 587,20 (1,—), Niederaden 48,70, Oberaden 151,90, Selm 888,80, Olfen 29,—, Alfbede 108,—, Nordlünen 52,50, Weßmar 30,50 (2,—), Weßinghausen 49,80, Worf 10,50, Weßberge 35,50 Mk.
- Bezirk Dortmund: Vissel 264,40, Brandel 571,90 (8,50), Dortmund I 1898,20 (1,50), Dortmund II 634,90 (6,50), Dortmund III 770,95 (7,75), Dortmund IV 200,70 (1,50), Dortmund V 130,—, Dorffelb 437,05 (2,25), Deufen 241,50, Eving I 862,10, Eving II 598,90 (2,50), Eving III 444,60, Gudarbe 160,90, Key 103,80, Lindenhorst 217,60 (3,50), Marten 441,40, Döpel I 546,70, Döpel II 220,80, Raßm 203,70, Schornhorst 504,60 (7,50), Wambel 102,50, Wiedebe 262,55 (3,25) Mk.
- Bezirk Raftrop: Wobelschwing 207,20, Wödinghausen 508,40 (0,50), Raftrop I 109,90, Raftrop II 110,90, Raftrop III 103,30, Deininghausen 140,30 (2,50), Rößlinghe 86,90 (0,50), Groppenbruch 174,50, Goltshausen-Wöznig 375,90, Göttingen 193,20, Ifern 294,—, Reichslande 343,20, Lütgendortmund 1741,45 (2,75), Wengebe 688,—, Rette 66,40, Oberkastrop 877,80, Raugel 90,50, Samborn 433,80, Södingen 485,10, Weßrich 250,40, Raugel-Schwerin 296,25 (4,75) Mk.
- Bezirk Eichlinghofen: Annen I 844,90 (9,50), Annen II 438,20 (2,—), Auf dem Schnee 354,20, Afferde 392,90, Afferdebeck 541,95 (2,25), Benninghofen 221,40, Brünninghausen 212,40, Warp 654,30 (5,—), Wittermarkt 190,80, Berghofen 481,—, Eichholz 472,20, Eichlinghofen 581,20, Ende 108,40, Förde 377,30 (0,60), Henglen 221,90, Göttingen 143,10, Gombuch 520,80 (0,50), Göttingen I 279,50, Göttingen II 81,40, Gadeney 69,80, Goltwiedebe 283,60 (5,—), Kirchberde 549,90, Krudel 307,—, Lüdernberg 450,60, Menglinghausen 85,20, Rüdberg 420,30, Stodum 697,80, Schüren 386,20, Schanze 214,—, Sommerberg 107,90, Schwanerheide 83,80, Söbde 173,60, Weßinghofen 289,40 Mk.

